

POLIZEIPROBLEM
POLIZEIPROBLEM
POLIZEIPROBLEM
POLIZEIPROBLEM

Polizeiproblem

Rassismus und Nazinetzwerke:
Warum die sogenannten Sicherheitsbehörden
nicht reformierbar sind



inhalt

Warum sich die Polizei nicht ändern wird. Die Polizei wurde geschaffen, um die Arbeiterklasse und arme Menschen zu kontrollieren – nicht, um sie zu schützen. Von Sam Mitrani. 5

Polizei ohne Rassismus gibt es nicht. Polizeigewalt trifft auch in Deutschland nicht alle gleich, Schwarze und Braune Menschen müssen mit besonders harten Konsequenzen leben. Von Debora Darabi, Eleonora Roldán Mendivil, Lea Pilone und Narges Nassimi 7

Kultur der Strafflosigkeit. Die Kampagne Death in Custody recherchiert Todesfälle in Gewahrsamssituationen, berichten Nico Fochler und Katharina Schoenes. Von Paul Dziedzic. 9

»Wir können für uns selbst sorgen«. Robin Wonsley Worlobah über den Aufstand in Minneapolis, Pläne, die Polizei abzuschaffen, und die Mehrfachkrise in den USA. Von Stephan Kimmerle 12

Tödliche Solidarität. US-Polizeigewerkschaften entstanden aus der Opposition zur Bürgerrechtsbewegung – ihre Existenz begünstigt nachweislich Polizeigewalt. Von Malte Meyer 15

»Wir müssen uns aus dem polizeilichen Blick herausarbeiten«. Warum identifizieren sich so viele Menschen mit der Polizei? Das erklären Vanessa E. Thompson und Daniel Loick. Von Jan Ole Arps und Nelli Tügel . . 17

Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt. Der Hanauer Terroranschlag war nur durch das Framing von Shishabars als gefährliche Orte möglich. Von Bafta Sarbo 21

»Kontrolliert wurde nach dem Motto ›Mohammed sieht aus wie Ali«. Junge Frankfurter*innen berichten über Racial Profiling und ihre Erfahrungen mit Polizeikontrollen am Wochenende. Von Ayesha Khan 23

Antifa, bitte übernehmen! Rechte Polizeinetzwerke, Drohbriefer, Naziterror: Warum die Antifa die NSU-2.0-Ermittlungen an sich ziehen muss. Von Jan Ole Arps ... 25

Was macht uns wirklich sicher? Transformative Justice statt Polizei: eine Einführung in Community-basierte Konzepte von Sicherheit. Von Melanie Brazzell 30

Ein kurzer Sommer polizeifreier Autonomie. Die Besetzung einiger Straßenzüge in Seattle war ein großartiger Versuch der Selbstermächtigung – obwohl er scheiterte. Von Stephan Kimmerle 33

»Aktivist*innen haben sich eine Sprechposition zum Thema Polizeigewalt erkämpft«. Die Kulturwissenschaftlerin Julika Mücke über die Rolle von Diskursen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über Polizeigewalt und Rassismus. Von Lene Kempe 36

Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.
 Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.
 Redaktion Jan Ole Arps, Carina Book, Hatip Dicle, Paul Dziedzic, Lene Kempe, Bilke Schnibbe, Guido Speckmann, Nelli Tügel, Maike Zimmermann.
 V.i.S.d.P. Jan Ole Arps, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75, redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb (0 40) 40 17 01 73, vertrieb@akweb.de. Gestaltung Renate Möller / Auflage 7.000.
 Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
 Nachdruck aus »Polizeiproblem«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Winter 2020/21.
 Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

editorial

Der Mord an dem Schwarzen US-Amerikaner George Floyd hat einem alten Thema neue Dringlichkeit verliehen. In den Wochen nach dem 25. Mai 2020 ging eine Welle von Massenprotesten der Black-Lives-Matter-Bewegung zunächst durch die USA und bald auch durch andere Länder, wie das Vereinigte Königreich, Frankreich, Belgien, die Niederlande und sogar Österreich. Auch in Deutschland demonstrierten im Juni 2020 Zehntausende gegen rassistische Polizeigewalt – begleitet wurden diese Proteste hierzulande von einer Debatte über die Polizei, die jedoch schnell in ihr Gegenteil verkehrt wurde: Rasch wurde mehr und lauter über angeblich zunehmende Gewalt gegen Polizist*innen, über die »Diskriminierung« von Beamt*innen sowie eine polizeikritische Kolumne in der taz diskutiert als über rassistische Polizeigewalt. Im Verlauf des Herbstes kamen dann allerdings derart viele rechte Umtriebe innerhalb der Behörden ans Licht, dass inzwischen kaum mehr zu leugnen ist: Es gibt ein Polizeiproblem, auch hierzulande.

In der öffentlichen Debatte dominieren derzeit zwei Positionen: Zum einen diejenigen, die weiter vor Generalverdacht warnen und die in der Polizei eine Berufsgruppe wie jede andere sehen wollen, die nicht pauschal verurteilt werden dürfe. Die anderen sind jene, die auf jeden neuen Rechts-extremismus-Fall aus Polizeikreisen entsetzt reagieren – was verständlich ist, jedoch schnell an Grenzen gerät. Warum? Weil die Skandalisierung jedes neuen »Einzelfalls« allein zum Verständnis davon, weshalb die Polizei so anfällig für autoritäre Gesinnungen ist und worin eigentlich die Aufgabe dieser Institution besteht, noch nicht viel beizusteuern vermag. Zwar ist immer häufiger von einem »strukturellen Problem« bei der Polizei die Rede, doch was das eigentlich heißt, bleibt in der Regel vage. Eine präzise Vorstellung davon aber wäre die Voraussetzung dafür, sinnvolle und nachhaltige Alternativen zur real

existierenden Polizei formulieren zu können.

Also fragen wir: Was ist die Polizei? Die einfache linke Antwort lautet: Als bewaffnete Institution des Staates, der sich zwar als neutral und im Sinne aller Bürger*innen handelnd präsentiert, im Kapitalismus jedoch ein Klassenstaat ist, kommt ihr die Aufgabe zu, Eigentums- und Machtverhältnisse zu schützen – wenn nötig mit Gewalt. Recht und Ordnung bedeuten im Kapitalismus eben vor allem: Eigentumsrecht und Klassenordnung. Und da wesentlicher Teil dieser Ordnung auch Rassismus und Sexismus sind, spiegelt sich beides im Handeln der Polizei wider. Verstärkt wird dies dadurch, dass die Polizei die Behörde fürs Große ist und folglich in ihr gewalttätige, autoritäre Männlichkeitsbilder besonders gut gedeihen.

Einen Hinweis darauf, dass diese linke, polizeikritische Analyse zutrifft, liefert die Tatsache, dass das Polizeiproblem ein universelles ist: Überall auf der Welt sind es Polizist*innen, die ausrücken, wenn es gilt, kapitalistisches Eigentum zu verteidigen, überall auf der Welt sind es Polizist*innen, die auf Demonstrierende einprügeln, die Arme und Marginalisierte schikanieren. In Nigeria formierte sich im Oktober 2020 eine neue Massenbewegung unter anderem gegen Polizeibrutalität. Überall dort, wo 2019 Revolten ausbrachen – ob in Chile, Ecuador, Irak oder Iran – hat eine ganze Generation bittere Erfahrungen mit Polizeigewalt machen müssen. Wo es Informationen darüber gibt, wie Polizist*innen wählen, zeigen die Zahlen, dass sie deutlich rechter als der gesellschaftliche Durchschnitt abstimmen – und zwar egal, ob es sich um ein diktatorisches Regime wie die Türkei handelt, oder um demokratische Staaten wie Spanien, Griechenland, Frankreich oder Österreich. Damit scheint auch die oft verwendete Phrase, die Polizei sei einfach ein »Spiegel der Gesellschaft«, widerlegt.

Die zweite, etwas komplizierte linke Antwort auf die oben formulierte Frage, was die Polizei ist, lautet: Die Polizei agiert zwar, zumindest in demokratisch verfassten Staaten, repressiv – einem Teil auch der Nor-

malbevölkerung aber (und eben nicht nur den Kapitalbesitzer*innen und Regierenden) präsentiert sie sich als vor Kriminalität schützende Institution: Hier besteht eine Komplizenschaft etwa zwischen weißen Mittelstandsangehörigen und der Polizei gegen rassifizierte Menschen, die nicht so ohne weiteres aufzuknacken ist. Dies mag ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Debatte in Deutschland zwischen den beiden beschriebenen Lagern feststeckt.

Selbst jene, die sich entsetzt darüber zeigen, wenn Polizist*innen Munition für einen Bürgerkrieg horten oder Hitlerbilder in Chatgruppen austauschen, sehen in ihr oft dennoch eine grundsätzlich wichtige Institution, die nicht wegzudenken ist aus unserem Leben und die nur gründlich reformiert werden müsse: mit Diversity-Workshops, mehr Frauen, mehr Schwarzen und PoC im Dienst.

Wir denken, dass die Polizei qua ihrer Funktion und ihrer Entstehungsgeschichte nicht reformierbar ist. Warum dies so ist, wird in den Texten und Interviews dieses Heftes ausführlich beschrieben und analysiert. Die folgenden Seiten sollen also einen Beitrag dazu leisten, die begonnene Debatte um das Polizeiproblem weiterzutreiben – und damit die Sackgasse, in der sie steckt, zu verlassen. Die hier zusammengestellten Texte sollen darüber hinaus helfen, über Visionen nachzudenken: über die Abschaffung der Polizei etwa, wie es in den USA intensiv diskutiert und teilweise auch schon erprobt wird. Wer die Polizei abschaffen möchte, öffne damit Chaos, privaten Sicherheitsdiensten, Kriminalität und Schutzlosigkeit Tür und Tor, heißt es immer wieder. Doch seit Jahrzehnten schon arbeiten jene, denen die Polizei tagtäglich Chaos, Kriminalisierung und Schutzlosigkeit bringt, an Konzepten wie dem Transformative Justice Ansatz, der ein Gemeinwesen anstrebt, in dem Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und in dem Opfer gehört und geschützt werden. Auch hierzu finden Leser*innen in der vorliegenden Broschüre Informationen und Hintergründe. ●

Warum sich die Polizei nicht ändern wird

Die Polizei wurde geschaffen, um die Arbeiterklasse und arme Menschen zu kontrollieren – nicht, um sie zu schützen

Von Sam Mitrani

Den meisten Debatten über die Polizeimorde an unbewaffneten Schwarzen Männern liegt die Annahme zugrunde, dass die Polizei die Bevölkerung schützen und ihr dienen soll. Dazu sei sie schließlich geschaffen worden. Wenn nur die normalen, guten Beziehungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung wieder hergestellt werden könnten, könnte das Problem gelöst werden. Arme Menschen werden häufiger Opfer von Verbrechen als jede andere Bevölkerungsgruppe, so die Argumentation, und deshalb brauchen sie mehr als alle anderen den Schutz der Polizei. Vielleicht hat sie ein paar Übeltäter in ihren Reihen, aber wenn die Polizei nicht so rassistisch wäre, wenn sie Polizeipraktiken wie Stop and Frisk (1) beenden würde, wenn sie nicht so viel Angst vor Schwarzen hätte, oder wenn sie weniger unbewaffnete Männer erschießen würde, könnte sie eine nützliche Behörde sein, die uns gute Dienste leistet.

Diese liberale Art, das Problem zu sehen, beruht auf einem Missverständnis über die Ursprünge der Polizei und darüber, wozu sie geschaffen wurde. Die Polizei wurde nicht geschaffen, um die Bevölkerung zu schützen und ihr zu dienen. Sie wurde nicht geschaffen, um Verbrechen zu verhindern, zumindest nicht so, wie es sich die meisten Menschen vorstellen. Und sie wurde sicher nicht geschaffen, um für Gerechtigkeit zu sorgen. Sie wurde geschaffen, um den neuen auf Lohnarbeit basierenden Kapitalismus, der Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts entstand, vor eben jener Bedrohung zu schüt-

zen, die dieses System hervorbrachte: der Arbeiterklasse.

Wie die Polizei entstand

Vor dem 19. Jahrhundert gab es nirgendwo auf der Welt Polizeikräfte, wie wir sie heute kennen. Im Norden der Vereinigten Staaten gab es ein System gewählter Constables und Sheriffs, die der Bevölkerung gegenüber auf sehr direkte Weise viel mehr Rechenschaft schuldeten als die Polizei heute. Im Süden waren die »Slave Patrols« das, was einer Polizei am nächsten kam. Diese Milizen bestanden aus Weißen, die Jagd auf versklavte Schwarze machten, die zu fliehen versuchten, Versammlungen und Rebellionen niederschlugen und oft auch Bestrafungen auf den Plantagen übernahmen. Als dann die Städte im Norden wuchsen und sich mit zu meist eingewanderten Lohnarbeiter*innen füllten, stellte die wohlhabende Elite, die die Stadtregierungen stellte, Hunderte, bald dann Tausende bewaffneter Männer ein, um in den neuen Arbeitervierteln Ordnung zu schaffen.

Der Klassenkonflikt erschütterte im späten 19. Jahrhundert amerikanische Städte wie Chicago, das 1867, 1877, 1886 und 1894 große Streiks und Unruhen erlebte. Bei jeder dieser Unruhen griff die Polizei die Streikenden mit brutaler Gewalt an, auch wenn die US-Armee 1877 und 1894 schlussendlich eine größere Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse spielte. Im Gefolge dieser Bewegungen präsentierte sich die Polizei zunehmend als jene dünne blaue Linie, die die Zivilisation (womit sie die bürgerliche Zivilisation meinte) vor dem Chaos der Arbeiterklasse schützte. Diese Ord-

nungsideologie, die sich im späten 19. Jahrhundert entwickelte, hallt nach bis in die Gegenwart – mit dem Unterschied, dass heute eher arme Schwarze und Latinos als eingewanderte Arbeiter*innen als größte Bedrohung gelten.

Natürlich bekam die herrschende Klasse nicht alles, was sie wollte, und musste in vielen Punkten den eingewanderten Arbeiter*innen nachgeben. Das ist zum Beispiel der Grund, weshalb die Stadtregierungen davon Abstand nahmen, das Sonntagstrinken zu unterbinden, und weshalb sie so viele Einwanderer, vor allem Iren, als Polizisten anheuerten. Trotz dieser Zugeständnisse sorgten die Unternehmer dafür, dass die Polizei der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen wurde, dass sie ihre eigenen Hierarchien, Kodizes und Verhaltensregeln entwickelte.

Bewaffneter Arm der herrschenden Klasse

Die Polizei grenzte sich von der Bevölkerung ab, indem sie Uniformen trug, eigene Regeln für Einstellung, Beförderung und Entlassung aufstellte, einen speziellen Korpsgeist ausbildete und ein Selbstverständnis als Hüter der Ordnung entwickelte. Und trotz Beschwerden über Korruption und Ineffizienz erhielt sie immer mehr Unterstützung von der herrschenden Klasse. Das ging so weit, dass in Chicago Geschäftsleute Geld sammelten und der Polizei aus eigener Tasche Gewehre, Artillerie, Schnellfeuergeschütze wie Gatling Guns und Gebäude finanzierten und Mittel für den Aufbau einer Polizeirente bereitstellten.

Es gab keine Zeit, in der die städtische Polizei »das Gesetz« neutral

durchsetzte oder auch nur diesem Ideal nahe kam (genauso wenig, wie das Gesetz selbst je neutral war). Im Norden der USA verhaftete sie im gesamten 19. Jahrhundert meist Menschen wegen des vage definierten »Verbrechens«, gegen die öffentliche Ordnung verstoßen zu haben, oder wegen Landstreicherei. Das bedeutete, dass die Polizei jeden festnehmen konnte, den sie als Bedrohung ansah. Im Süden setzte sie in der Nach-Bürgerkriegszeit die Vorherrschaft der Weißen durch und verhaftete im großen Stil Schwarze auf Grundlage erfundener Verstöße, um sie in das System der Sträflingsarbeit zu zwingen. (2)

Die von der Polizei ausgeübte Gewalt und ihre moralische Trennung von denen, über die sie »wachte«, sind nicht der Brutalität einzelner Beamter anzulasten. Sie sind die Folge einer kalkulierten Politik, die darauf zielte, die Polizei zu einer Institution zu machen, die die sozialen Probleme, die eine auf Lohnarbeit beruhende Wirtschaftsweise mit sich bringt, mit Gewalt zu lösen. In der kurzen, heftigen Depression Mitte der 1880er Jahre war Chicago zum Beispiel voll von Prostituierten, die auf der Straße arbeiteten. Viele Polizisten erkannten, dass diese Sexarbeiterinnen meist verarmte Frauen waren, die versuchten, ihr Überleben zu sichern, und tolerierten ihr Verhalten zunächst. Doch die Polizeiführung bestand darauf, dass die Streifenpolizisten ihre Pflicht taten und diese Frauen festnahmen, Geldstrafen verhängten und sie von den Straßen und in die Bordelle vertrieben.

Ähnlich bei der Streikwelle von 1885. Auch hier sympathisierten einige Polizisten zunächst mit den Streikenden. Doch als die Polizeiführung und der Bürgermeister von Chicago beschlossen, die Streiks zu zerschlagen, wurden Polizisten, die sich weigerten, entlassen. In diesen und tausend ähnlichen Ereignissen wurde die Polizei zu einer Kraft geformt, die der Arbeiterklasse und den armen Leuten die Ordnung aufzwingt, unabhängig von den individuellen Gefühlen der beteiligten Beamten. Seit der Gründung der Polizei hat sich viel verändert – vor allem der Zuzug von Schwarzen in die Städte des Nordens, die Schwarze Bürgerrechtsbe-

wegung Mitte des 20. Jahrhunderts und die Schaffung des aktuellen Systems der Masseninhaftierung (3), die zum Teil eine Reaktion auf diese Bewegung war. Diese Veränderungen hatten einige neue polizeiliche Methoden, aber keinen grundlegenden Wandel der Polizeiarbeit zur Folge.

Ist eine demokratische Polizei möglich?

Die Polizei wurde geschaffen, um mit Gewalt die Wahldemokratie mit dem industriellen Kapitalismus zu versöhnen. Heute ist sie nur ein Teil des Strafrechtssystems, das nach wie vor dieselbe Rolle spielt. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Ordnung gegenüber jenen durchzusetzen, die am meisten Grund haben, das System abzulehnen – das sind in unserer Gesellschaft überproportional viele arme Schwarze.

Ein demokratisches Polizeisystem ist vorstellbar – ein System, in dem die Polizei von den Menschen, über die sie wacht, gewählt wird und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Aber das ist nicht, was wir haben. Und es ist auch nicht das, wofür das aktuelle Polizeisystem geschaffen wurde.

Wenn es eine positive Lehre aus der Geschichte der Polizei gibt, dann die, dass, wenn Arbeiter*innen sich organisierten, sich weigerten, sich zu unterwerfen oder zu kooperieren, und den Stadtverwaltungen Probleme machten, sie die Polizei von den schlimmsten Aktivitäten abhalten konnten. Die Ermordung einzelner Polizeibeamter, wie am 3. Mai 1886 in Chicago oder am 20. Dezember 2014 in New York, hat jene, die nach harter Repression rufen, nur gestärkt. Aber Widerstand in

großem Stil könnte die Polizei verunsichern. Das geschah in den frühen 1880er Jahren in Chicago, als die Polizei die Niederschlagung der Streiks abbrach, Einwanderer einstellte und versuchte, nach ihrer Rolle bei der brutalen Niederschlagung des Aufstands von 1877, eine gewisse Glaubwürdigkeit in der Arbeiterklasse wiederzuerlangen.

Die Polizei könnte zurückgedrängt werden, wenn die Proteste nach den Morden an Eric Garner, Michael Brown, Tamir Rice und zahllosen anderen weitergehen. Wenn das passiert, wäre das ein Sieg für all jene, die heute auf die Straße gehen. Und es würde Leben retten – auch wenn, solange das System, das Polizeigewalt zur Kontrolle eines großen Teils seiner Bevölkerung benötigt, überlebt, jede Änderung der Polizeiarbeit das Ziel hat, die Armen wirksamer in Schach zu halten.

Wir sollten im Kopf behalten, dass der Ursprung einer Institution entscheidend ist – und die Polizei wurde von der herrschenden Klasse geschaffen, um die Arbeiterklasse und die Armen zu kontrollieren, nicht, um ihnen zu helfen. Daran hat sich nichts geändert. ●

Sam Mitrani ist Professor für Geschichte am College of DuPage in Glen Ellyn im US-Bundesstaat Illinois. Sein Buch »The Rise of the Chicago Police Department: Class and Conflict, 1850–1894« ist bei University of Illinois Press erschienen.

Zuerst erschienen in *ak* 661/
16.6.2020

Der Artikel erschien bereits am 29. Dezember 2014 bei LABORonline: www.lawcha.org.
Übersetzung: Jan Ole Arps

Anmerkungen:

- 1) Stop and Frisk ermöglicht es Polizist*innen in New York City, Personen verdachtsunabhängig zu kontrollieren, festzunehmen und zu verhören. Von Stop and Frisk sind überdurchschnittlich People of Color und Schwarze Amerikaner*innen betroffen. Im Jahr 2017 waren 90 Prozent derer, die in New York mittels Stop and Frisk kontrolliert wurden, Schwarz oder latinx.
- 2) Die massenhafte Vermietung Schwarzer Gefangener an Unternehmen und Privatpersonen in den Südstaaten hatte Bestand bis in die 1930er Jahre. Hunderttausende wurden, häufig mittels rassistischer Straftatbestände, in dieses Zwangsarbeitssystem gepresst. Heute bieten vor allem privat geführte, profitorientierte Gefängnisse Häftlinge als günstige Arbeitskräfte an.
- 3) In den USA sitzen 2,3 Millionen Menschen hinter Gittern, das sind fast ein Viertel aller weltweit in Gefängnissen Inhaftierten. Etwa 33 Prozent der Inhaftierten (aber nur zwölf Prozent der US-Bürger*innen) sind Schwarz. Schwarze, vor allem junge Schwarze Männer, werden von der Polizei überdurchschnittlich häufig kontrolliert und bei Vergehen überdurchschnittlich oft inhaftiert. Zudem wächst die Wahrscheinlichkeit, wegen Bagatelldelikten wie nicht bezahlter Bußgelder im Gefängnis zu landen, wenn man arm ist. Das Armutsrisiko für Schwarze US-Bürger*innen liegt fast 100 Prozent über dem US-Durchschnitt.

Polizei ohne Rassismus gibt es nicht

Polizeigewalt trifft auch in Deutschland nicht alle gleich, Schwarze und Braune Menschen müssen mit besonders harten Konsequenzen leben

Von Debora Darabi, Narges Nassimi, Lea Pilone und Eleonora Roldán Mendivil

Rassismus in seiner kapitalistischen Form entspringt der kolonialen, internationalen Arbeitsteilung und Ausbeutung und entwickelte sich zum sozialen System der Unterdrückung in seiner heutigen, modernen Form weiter. In diesem strukturellen Rassismus kommen – abhängig von jeweils historisch spezifischen Gegebenheiten – unterschiedliche soziale Verhältnisse zum Ausdruck. So verdinglicht Rassismus die Beziehung von überausgebeuteter, migrantischer Arbeit zu ausgebeuteter, nicht-migrantischer Arbeit und zu Kapital. Rassismus bringt also verkörpert die Hierarchisierung des Grades der Ausbeutung zum Ausdruck. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung von Hautfarbe oder Augenform zu Unterscheidungsmerkmalen sozialer Gruppen.

Soziale Verhältnisse – wie die der imperialistischen Metropole zur kolonisierten Peripherie – werden so in physiologischen Charakteristika eingeschrieben. Im nächsten Schritt werden diese Charakteristika rassifiziert – wobei besonders dunkle Hautfarbe oder besonders schmale Augenform zum Beispiel zu einer Entsprechung von bestimmten, hierarchisierten sozialen Merkmalen werden. Im letzten Schritt erscheinen diese sozialen Merkmale schließlich losgelöst von spezifischen sozialen Verhältnissen als Natureigenschaften oder rassifizierte Merkmale von Menschen.

Die Polizei wiederum entstand aus der Notwendigkeit heraus, soziale und ökonomische Verhältnisse – feudale und später kapitalistische Klassenverhältnisse – mit Gewalt zu stabilisieren. In Deutschland bildete sich die mittelalterliche Polizei zunächst, um die Produktivität von Bäuer*innen und Arbeiter*innen zu erzwingen. Bevor die Polizei zu einer eigenständigen Institution wurde, trieben unter anderem Landvögte (niedrige Adelige) den Gehorsam für die jeweiligen Landesherren ein. Die Aufgabe der Polizei – vom Römischen Reich Deutscher Nation über das Kaiserreich mit seiner Kolonialpolizei in den Deutschen Kolonien, über die Weimarer Republik, die NS-Zeit, die Entstehung von DDR und BRD und dann die kapitalistische Restauration in der DDR – war stets die gleiche: der Schutz der »öffentlichen Sicherheit und Ordnung« im Sinne der jeweils herrschenden Klasse; ob Monarchen, Sozialdemokraten oder Faschisten.

Das ist auch heute noch ihr wesentlicher Auftrag. Die Definition der Begriffe lag dabei stets in den Händen der herrschenden Klasse. Dementsprechend ist die eigentliche Aufgabe der Polizei zu verstehen als die Aufrechterhaltung der Produktionsverhältnisse und der aus ihr entspringenden Gesellschaft – inklusive ihrer Gesetze. Die Strukturen der Polizei haben sich mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt; das heißt, während sie in der feudalen Gesellschaft den Landesherren dienten, stehen sie seit dem Aufkommen des Deutschen Kaiserreichs im Dienste eines nunmehr

abstrakteren Staatsapparates, der vorgibt im Sinne »aller« Bürger*innen zu handeln.

Sie ist indes ein institutionalisierter und mit staatlichem Gewaltmonopol ausgestatteter Schlägertrupp, der die Wahrung der Interessen des Kapitals erzwingt; dazu gehört auch der Erhalt rassistischer Klassenspaltungen.

Alltag rassistischer Polizeigewalt

Nicht nur in den USA, wie nach dem Mord an George Floyd vielfach thematisiert, sondern auch in Deutschland ist Racial Profiling daher Alltag für viele nicht-weiße Menschen. Einer Studie aus dem Jahr 2017 zufolge hatten 14 Prozent der Schwarzen Menschen in Deutschland in einem Zeitraum von fünf Jahren Racial Profiling erlebt. Kontrollen und Übergriffe kommen dabei meist aus dem Nichts. So berichtet die Initiative Justizwatch von einem Schwarzen Mann, der in Berlin beim Joggen in der Hasenheide unvermittelt von der Polizei festgenommen, oder einem anderen, der beim Warten auf eine Verabredung in Gewahrsam genommen wurde.

Eine Schweizer Studie zeigt zudem, dass Betroffene rassistischer Polizeikontrollen chronische Ängste entwickeln können. Das geht so weit, dass Betroffene ihr Leben an diese Bedrohung anpassen, bestimmte Orte meiden oder scheinbar banale Dinge wie Fahrradfahren nicht mehr tun. Rassistische Polizeikontrollen treffen oft schon Kinder im Alter von elf oder zwölf Jahren, wie in Berlin-Neukölln, Hamburg-Billstedt oder anderen proletarisch-

migrantisch geprägten Bezirken deutscher Großstädte täglich zu sehen ist. Nicht selten wenden Polizist*innen Gewalt an, schüchtern die Betroffenen ein oder beleidigen sie rassistisch.

Auch rassistische Polizeimorde sind kein ausschließlich US-amerikanisches Problem. Sie finden auch in Deutschland statt. Dass die Fälle überhaupt Aufmerksamkeit erhalten, ist meist aktivistischer Arbeit zu verdanken, wie der der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) oder des Bündnisses Death in Custody (Tod in Polizeigewaltswahrsam).

Über den Mord an Hussam Fadl durch die Berliner Polizei im September 2016 berichtete KOP ausführlich. Fadl lebte damals mit seiner Familie in einer Notunterkunft für Asylsuchende in Berlin-Moabit. Am Tag seines Todes wurde ein anderer Mann verdächtigt, seine Tochter vergewaltigt zu haben. Als die Polizei diesen abführte, eilte Hussam Fadl in seine Richtung – dann gehen die Erzählungen auseinander. Nach der polizeilichen Version hatte Hussam Fadl ein Messer in der Hand, woraufhin zwei Polizisten ihn zu Boden brachten und einer von ihnen »Vorsicht Messer!« gerufen haben soll. Sie ließen ihn wieder los, nahmen ihm aber das Messer, das sie gesehen haben wollen, nicht ab. Als Fadl aufstand und weiter auf den anderen Mann zulief, schossen die Beamten von hinten auf ihn. Eine von vier Kugeln traf ihn tödlich.

Andere Polizeibeamt*innen, die Fadl gegenüberstanden, sagten aus, sie hätten kein Messer gesehen. Auch Bewohner*innen des Lagers bestätigten, dass es kein Messer gab. Niemand außer den schießenden Beamten hatte ein Messer gesehen. Später wurde trotzdem ein Messer gefunden und von einem der Polizisten, die geschossen hatten, gesichert. Auf diesem wurden weder DNA-Spuren noch Fingerabdrücke von Fadl entdeckt.

Eine Klage wegen Totschlags wies die Staatsanwaltschaft zunächst mit der Begründung ab, die Beamten hätten wegen des Messers und der damit verbundenen Gefahr schießen müssen. Der zentrale Zeu-

ge, jener Mann, den Fadl angeblich angreifen wollte, wurde überhaupt nicht vernommen, nicht gefragt, ob er ein Messer gesehen oder sich bedroht gefühlt habe. Inzwischen versucht die Familie, durch ein Klageerzwingungsverfahren die Ermittlungen voranzubringen.

Statt solche Fälle rechtlich aufzuarbeiten und die Polizist*innen zur Rechenschaft zu ziehen, schützen staatliche Institutionen die Täter*innen. Sie ignorieren systematisch widersprüchliche Tatsachen und stehen zum Schluss ohne Ausnahme bei der offiziellen Polizeiversion. In Deutschland werden 90 Prozent der Verfahren wegen Polizeigewalt eingestellt, nur zwei Prozent landen überhaupt vor Gericht.

In Krisenzeiten wenden kapitalistische Staaten besonders aggressive Mittel an, um die bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse zu sichern. In letzter Zeit kam es beispielsweise wegen der katastrophalen Lage des rassistischen Lagersystems zu Protesten, etwa zum Hungerstreik von 100 Geflüchteten in Halberstadt (Sachsen-Anhalt). Auch im Ankerzentrum in Geldersheim (Bayern) kam es am 18. Mai zu einer Demonstration gegen die Quarantänemaßnahmen, nachdem 137 der knapp 600 Asylsuchenden positiv auf Corona getestet, aber daraufhin auf engstem Raum unter Quarantäne gestellt worden waren. Die Polizei setzte auch noch nachts Pfefferspray und Schlagstöcke ein und war mit Hubschraubern vor Ort, um Proteste zu ersticken. (ak 660)

Zuspitzung in Zeiten von Corona

Diese neue Stufe rassistischer Gewalt gegenüber Asylsuchenden ist nur im Verhältnis zu den Lebensbedingungen in den Lagern zu verstehen. Die Corona-Krise eskaliert die Realität eines Lagersystems, das Körper kontrollieren und Schutzsuchende vom Grenzübertritt abschrecken soll.

Die neuen Corona-Verordnungen ermöglichen es der Polizei nun, verstärkt alle, die phänotypisch nicht der weißen Norm entsprechen, zu kontrollieren und zu kriminalisieren. So trafen die Polizeikon-

trollen der vergangenen Wochen im Görlitzer Park (Berlin) nur Schwarze Menschen, obwohl sie alleine und mit Mindestabstand auf den Stufen vor dem geschlossenen Biergarten saßen. Ein weiteres Beispiel ist der Fall des 23-jährigen Omar Ayoub und seiner Familie, die aufgrund einer vermeintlichen Ruhestörung und eines »Verstoßes gegen die Coronavirus-Schutzverordnung« im Essener Stadtteil Bochold von der Polizei in ihrer Wohnung brutal zusammengeschlagen wurden. Aus anderen Städten gibt es ähnliche Berichte, die mittlerweile unter dem Hashtag #CoronaPolizei gesammelt werden.

Etwas mehr »Diversität« wird nichts ändern

Um der rassistischen Polizei entgegenzuwirken, gibt es unterschiedliche Vorschläge und Forderungen nach Fortbildungsprogrammen oder unabhängigen Beschwerdestellen außerhalb der Polizei. Der Widerspruch zur Funktion der Polizei im Kapitalismus ist jedoch immer präsent, da diese Institution in dieser Gesellschaftsform nicht frei von rassistischer Gewalt agieren kann.

Deshalb ist die Annahme, durch etwas mehr »Diversität« oder »Vurteilworkshops« in den Polizeischulen würden sich Probleme wie rassistische Polizeigewalt verringern, ein Trugschluss. Denn diese Polizeigewalt ist kein Fehler Einzelner, der behoben werden muss, sondern konstitutiver Bestandteil der Institution seit ihrer Entstehung. Die Polizei entstand, um eine rassistische, kapitalistische Gesellschaft zu verteidigen. Solange sie diese Aufgabe hat, ist nicht entscheidend, wer – »mit Migrationshintergrund« oder ohne – letztlich vom Schlagstock oder der Waffe Gebrauch macht. ●

**Debora Darabi, Narges Nassimi,
Lea Pilone und Eleonora Roldán
Mendivil sind gemeinsam im
Aufbau sozialistisch-feministischer
Strukturen in Berlin und München
aktiv.**

*Zuerst erschienen in ak 661/
16.6.2020*

Kultur der Straflosigkeit

Die Kampagne Death in Custody recherchiert Todesfälle in Gewahrsamssituationen, berichten Nico Fochler und Katharina Schoenes

Interview: Paul Dzedzic

2019 gründete sich das antirassistische Bündnis Death in Custody anlässlich des Black-Lives-Matter-Monats. Es dokumentiert Todesfälle von Schwarzen Menschen und POC durch Polizei- und Sicherheitskräfte und fordert grundsätzliche Veränderungen.

Nach der Ermordung von George Floyd durch die Polizei habt ihr eine Studie angekündigt, die sich mit dem Tod Schwarzer Menschen und Menschen of Colour im Gewahrsam beschäftigt. Seit 1990 habt ihr bisher 159 Fälle registriert. Über diese erschreckende Zahl hinaus, was ist euch aufgefallen bei der Recherche?

Nico Fochler: Wir wollen aufzeigen, dass es hier genauso Fälle gibt wie in den USA, sie sind nicht weniger schlimm. Eine Sache, die sich bei Todesfällen von Rassismus Betroffenen durchzieht, ist, dass Polizist*innen oder Sicherheitsmitarbeiter*innen fast immer ohne Strafe davonkommen. Sie müssen nichts befürchten, wenn es wieder passiert.

Katharina Schoenes: Wir haben nicht bei allen Fällen genaue Informationen, manchmal sind es nur ein paar Sätze, so dass wir nicht immer rekonstruieren können, was im Einzelnen passiert ist. Aber es gibt auch andere Fälle, bei

denen mehr Einzelheiten bekannt sind – vor allem, wenn sich um diese Fälle Initiativen gegründet haben, die das dokumentiert und versucht haben, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Ganz häufig sind typische Kontaktsituationen mit der Polizei der Ausgangspunkt. Das sind zum Beispiel sogenannte anlasslose Kontrollen, Racial Profiling, das ein viel breiteres Problem darstellt als die Fälle, die dann zum Tod führen. Das müssen wir natürlich zusammen diskutieren. Etwa ein Drittel der Fälle sind Erschießungen oder physische Gewaltanwendungen durch die Polizei, zum Beispiel zu Tode prügeln, ersticken oder Brechmittelfolter. Ungefähr die Hälfte sind Selbsttötungen in Haft, Abschiebehaft oder Gewahrsamssituationen. Das sind die zwei großen Blöcke. Dann gibt es Kategorien wie auf der Flucht vor der Polizei zu Tode gekommen und ganz wenige Fälle, wo die Todesursache unklar ist, aber es sich zum Beispiel um unterlassene Hilfeleistung in Haft und Gewahrsamssituation handeln könnte.

Nico Fochler: Tatsächlich sind relativ viele der Fälle, die wir recherchiert haben, auch sogenannte Suizide in Haft oder in Abschiebehaft. Wir nehmen diese Fälle aus zwei Gründen mit rein. Erstens, weil wir die Sicht vertreten, dass es keinen Freitod im Knast gibt. Und zweitens dürfen wir den Angaben der Behör-

den nicht trauen. Das zeigt sich im Fall Oury Jalloh. Da wurde auch die ganze Zeit von Suizid gesprochen, mittlerweile ist klar, dass es nicht so war. Wir müssen davon ausgehen, dass es weitere solche Fälle gibt und dass wir noch nicht auf alle gestoßen sind. Wir versuchen, weiter zu recherchieren. Auf unserer Webseite rufen wir auch dazu auf, dass sich Menschen, die von Fällen wissen, die noch nicht aufgeführt sind oder mehr Details zu den jetzigen Fällen haben, bei uns melden.

Welche Forderungen lassen sich auf Grundlage der Studie formulieren?

Katharina Schoenes: Die Kampagne fordert, dass die Straffreiheit für Täter*innen aufhört. Dass Todesfälle aufgeklärt werden und dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Damit ihnen klar wird, dass es Folgen haben wird, wenn sie wieder Menschen ermorden. Es ist auch wichtig, Solidarität mit den Angehörigen zu zeigen. Was immer wieder passiert ist, dass Getötete im Nachhinein kriminalisiert werden, um die Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Mal ist es, weil eine Person ein Dealer gewesen sein soll, mal soll sie ein Messer gehabt haben. Und häufig stimmt es einfach nicht. Man sieht auch immer wieder, auch bei nicht-tödlicher Gewaltanwendung, dass die Narrative der Polizei unhinterfragt übernommen werden, sei es in Medienberichten

oder im weitesten Sinne von der Mehrheitsgesellschaft. Das muss aufhören. Dann gibt es auch Forderungen, die ohnehin schon die ganze Zeit erhoben wurden. Zum Beispiel, dass die Polizei wieder stärker aus dem Leben der Leute gedrängt werden muss, damit nicht erst solche Kontaktsituationen entstehen, die dann tödlich enden. Das hieße, endlich die »anlasslosen Kontrollen« abzuschaffen, um den öffentlichen Raum für alle Menschen sicher zu machen.

Nico Fochler: Generell ist wichtig, dass struktureller Rassismus als Problem anerkannt wird. Auf den Vorwurf des Rassismus antwortet die Polizei meist mit: »Es gibt keinen Rassismus hier bei uns.« Eine konkretere Forderung ist die Einrichtung unabhängiger Beschwerde- und Ermittlungsstellen. Denn gerade gibt es keine Instanz, die die Polizei kontrolliert, sie ermittelt gegen sich selbst. Es ist nicht zu erwarten, dass dabei viel herauskommt.

Katharina Schoenes: Wichtig ist, dass diese Stellen mit umfassenden Befugnissen ausgestattet werden. Es reicht nicht aus, wenn die Betroffenen zwar hin und wieder etwas Richtiges kritisieren, aber im Großen und Ganzen eine Feigenblattfunktion einnehmen, die nicht dazu führt, dass sich grundsätzlich etwas ändert.

Gibt es da positive Beispiele?

Nico Fochler: Bei einer Veranstaltung von KOP Berlin hatten wir die Ombudsfrau von New Orleans, Susan Hutson, eingeladen. Sie hat ein relativ fortschrittliches Projekt mit aufgebaut, vor allem dank eines Konzepts namens Community-Led Policing. Es ist ein stark von der Community getragenes Konzept. Sie war auch von den staatlichen Institutionen unabhängig, hatte aber gleichzeitig weitreichende Befugnisse. Beispielsweise hat sie Einsicht in Ermittlungsakten, kann Tatorte und Beweismittel betrachten. Darüber hinaus wäre bei einer unabhängigen Instanz die Zugänglichkeit für Betroffene wichtig. Das hieße, dass so eine Stelle zum Beispiel nicht in einer Polizeiwache liegen kann. Eine weitere Frage wäre die der Repräsentation. Es



Das staatliche Narrativ soll nicht das sein, was übrig bleibt.

wäre wichtig, dass dort Personen arbeiten, die selbst Rassismuserfahrungen machen, zu denen Betroffene rassistischer Polizeigewalt ein Vertrauensverhältnis aufbauen können.

In Berlin ist das Landesantidiskriminierungsgesetz eingeführt worden. Aus anderen Bundesländern und von der Polizeigewerkschaft gab es Kritik. Was haltet ihr davon?

Nico Fochler: Auf jeden Fall gut. Es ist entlarvend, wie sich die Polizei darüber beschwert hat, weil sie eigentlich damit sagt, dass sie, wenn sie nicht mehr rassistisch vorgehen darf, ihre Arbeit nicht machen kann.

Ändert sich auch etwas am Fokus der Medien? Einige sagen, dass nach George Floyds Tod zum ersten Mal auch von Rassismus in Verbindung mit Polizeigewalt gesprochen wird. Das haben viele jahrelang vermieden.

Nico Fochler: Ich könnte mir vorstellen, dass die Polizei mit ihrer Leugnung rassistischer Fälle nicht mehr lange so weitermachen kann wie bisher, weil da jetzt einige genauer hinschauen.

Katharina Schoenes: Ich war schon überrascht, dass es so ein großes Interesse an der Fallzahl gibt, die wir recherchiert haben. Jetzt ist die Frage, wie lange das Interesse anhält, ob es über die Nennung dieser Zahl hinaus anhalten wird. Was ich auch ungewöhnlich finde, ist, dass mehrere große Medien ein Interesse an dieser

Recherche hatten, die ja nicht mal eine große Plattform hat wie ein Uniformforschungsprojekt, sondern tatsächlich das Ergebnis einer aktivistischen Recherche ist.

Wie sehen im Idealfall die nächsten Schritte aus?

Nico Fochler: Wir würden uns gerne mit noch mehr Menschen vernetzen, die zu diesem Thema arbeiten. Die Oury Jalloh Initiative, die ja auch Teil des Bündnisses ist, hat zum Beispiel sehr viel gemacht: Das Thema angesprochen, Betroffenen ein Gefühl der Ohnmacht genommen, sie hat es sogar geschafft, selbst zu ermitteln. Auch das könnte durch eine gemeinsame Unterstützung und Organisation helfen. Oder beim gerichtlichen Vorgehen mit Anwält*innen zu unterstützen. Anlaufstellen für Opfer rassistischer Polizeigewalt gibt es vielerorts in Deutschland außerhalb der großen Städte nicht. Vernetzung und Kontakte mit anderen Angehörigen-Initiativen könnten noch mehr passieren.

Katharina Schoenes: Wir werden die umfassenden Ergebnisse veröffentlichen, auch, um nicht bei den bisherigen Zahlen stehen zu bleiben, sondern ausführlichere Porträts der Verstorbenen in Zusammenarbeit mit Angehörigen und Initiativen zu erarbeiten. Das staatliche Narrativ soll nicht das sein, was übrig bleibt. Es ist wichtig, die Geschichten aus der Perspektive der Betroffenen zu erzählen. Es passiert gerade vieles, was dafür spricht, die Kampagne größer zu machen. Es wäre super, wenn es der Kampagne gelingen würde, das aufzugreifen. ●

Zuerst erschienen in ak 661/
16.6.2020

Die Interviewpartner*innen

sind Mitglieder der Recherche-AG des Death-in-Custody-Bündnisses (DIC). Nico Fochler ist bei der Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) aktiv, die institutionellen Rassismus bei der Polizei untersucht. KOP hat Death in Custody im Juni 2019 mitbegründet. Katharina Schoenes ist bei Justizwatch aktiv. Die Gruppe arbeitet zu Rassismus in der Justiz und ist Teil von Death in Custody. Death in Custody dokumentiert Todesfälle in Gewahrsam und fordert eine vollständige Aufklärung sowie die Stärkung der Rechte der Betroffenen.

Tode in Polizeigewahrsam: Amad Ahmad und Aman A.

Immer wieder kommt es zu Todesfällen in Polizeigewahrsam – fast nie werden diese aufgeklärt und die Beamt*innen zur Verantwortung gezogen. Der dank der enormen Ausdauer von Aktivist*innen wohl bekannteste Fall der vergangenen Jahrzehnte bleibt der Tod von Oury Jalloh, der am 7. Januar 2005 in einer Zelle eines Dessauer Polizeireviere verbrannte. In den vergangenen zwei Jahren starben in Gewahrsamssituationen unter anderem Amad Ahmad und Aman A. Beide Fälle stehen exemplarisch für sich immer wieder einstellende Situationen, in denen rassifizierte Menschen zu Tode kommen – und im Nachhinein trotz vieler Widersprüche die Ermittlungen im Sand verlaufen. Der 26-jährige syrische

Kurde Amad Ahmad starb am 29. September 2018 an den Folgen eines Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve. Er hatte dort mehr als zwei Monate lang zu Unrecht, wegen einer Verwechslung, eingesessen – und dies, obgleich Polizei und Staatsanwaltschaft schon drei Wochen nach der Verhaftung Ahmads ihren Irrtum erkannt hatten.

Der tödliche Brand in seiner Zelle sei angeblich in suizidaler Absicht von Ahmad selbst gelegt worden – ein Notruf von ihm über die Sprechanlage der Zelle wurde allerdings von dem aufsichtführenden Wärter nicht angenommen. Die Ermittlungen zum Tod von Amad Ahmad wurden im November 2019 eingestellt. Ein weiterer Fall von Tod in Gewahrsamssituationen ist

der von Aman A., der am 17. August 2019 in Stade von der Polizei erschossen wurde. Der junge Mann aus Afghanistan war 2015 im Alter von 15 Jahren als Flüchtling nach Deutschland gekommen und hatte seitdem immer in Lagern beziehungsweise Gemeinschaftsunterkünften gelebt. Als er am 17. August 2019 eine offenbar akute psychische Krise erlebte, riefen Freunde die Polizei – die Polizist*innen traten seine Zimmertür ein und schossen fünf Mal auf Aman A., der angeblich mit einer Hantelstange gedroht haben soll. Der Staatsanwalt spricht von »Notwehr«, Zeug*innen gibt es dafür nicht, die Polizei war mit Aman A. allein – die Ermittlungen wurden auch in diesem Fall eingestellt. ●

So viele Einzelfälle

Über das Ausmaß rechter Vorfälle bei der deutschen Polizei existieren keine zuverlässigen offiziellen Zahlen, auch eine wissenschaftliche Untersuchung gibt es bislang nicht. Der im Oktober unter anderem von Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgestellte Lagebericht Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden, erstellt durch den Verfassungsschutz, zählte 377 rechte Verdachtsfälle – hinzu kommen 1.064 Verdachtsfälle beim Militärischen Abschirmdienst für den Bereich der Bundeswehr. Wegen der inzwischen fast täglichen Nachrichten zu neuen Vorfällen haben Aktivist*innen damit begonnen, diese zusammen-

zutragen. So etwa das Projekt »Einzelfallkarte« der Stay Behind Foundation, eigenen Angaben zufolge ein »Zusammenschluss demokratisch aktiver und engagierter Menschen«.

Das Projekt listet mehr als 100 rechte Vorfälle in den Reihen der Polizei auf und kartiert sie bei Google – darunter sind Fälle von Tod in Polizeigewahrsam ebenso wie aufgedeckte Chatgruppen. Ein kartierter Fall umfasst in der Regel eine ganze Gruppe von involvierten Polizist*innen; so gelten die vielen rechten Chatgruppen oder auch die 400 Verdachtsfälle bei der Bundespolizei als jeweils ein kartierter Vorfall. Die meisten aufge-

fürten Fälle stammen aus den vergangenen Jahren, der älteste ist der Tod Oury Jallohs im Jahr 2005. In die Karte eingezeichnet sind ausschließlich Fälle, die offiziell bestätigt und/ oder von Journalist*innen aufgedeckt wurden. Eine weitere Übersicht bietet die Seite entnazifizierungjetzt.de, die eine Übersicht zu rechten Vorfällen in deutschen Sicherheitsbehörden seit den 1950er Jahren bietet – inklusive einer laufend aktualisierten Zeitleiste. Bei entnazifizierungjetzt.de kann man weitere Fälle von Nazis in Polizei und co. melden, die dann geprüft und in die Liste aufgenommen werden. ●

»Wir können für uns selbst sorgen«

Robin Wonsley Worlobah über den Aufstand im Mai 2020 in Minneapolis, Pläne, die Polizei abzuschaffen, und die Mehrfachkrise in den USA

Interview:
Stephan Kimmerle

Der Tod von George Floyd trieb die Menschen in Minneapolis auf die Straßen, bevor sich die Black-Lives-Matter-Proteste weltweit verbreiteten. In Minneapolis forderten die Demonstrierenden von Anfang an die Abschaffung der Polizei und waren damit in Teilen erfolgreich. Robin Wonsley Worlobah war in diesen ersten Tagen des Protestes dabei; und Stephan Kimmerle interviewte sie im Mai 2020 für ak. Im Juni beantwortete Robin Wonsley Worlobah ergänzende Fragen dazu, wie sich die Situation in der Stadt weiterentwickelt hatte.

Du warst involviert in die Organisation der Proteste in Minneapolis nach dem Polizeimord an George Floyd. Kannst du beschreiben, wie die Lage in der Stadt, fast eine Woche nach dem Mord, ist?

Robin Wonsley Worlobah: Zunächst hatten einige Bürgerrechtsgruppen zum Protest aufgerufen – wie es nach solchen Ereignissen üblich ist: Polizeischüsse oder Polizeimorde passieren, und

Bürgerrechtsgruppen rufen zum Protest auf, fordern auf, zum Tatort zu kommen. Also kamen wir an der Kreuzung 38th Street und Chicago Avenue vor dem »Cup Foods«-Laden zusammen. Dann wurden die Proteste nach und nach größer, schließlich waren wir fast 20.000 Menschen. Wir marschierten dann zur Polizeistation des dritten Reviers, wo die Polizisten, die in den Mord an George Floyd involviert waren, arbeiten. So viele junge Schwarze und People of Color, Leute aus der Arbeiterklasse, aus der Community waren da – es war ein wunderschöner Moment. Und dann beschlossen wir, den öffentlichen Raum zu besetzen. In den darauffolgenden Stunden wurde verständlicherweise viel von der vorhandenen Wut an dem fassbaren Gebäude, der Polizeistation, ausgelassen. Die Polizei verbarrikadierte alles und ging mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Protestierenden vor. In den Tagen darauf gab es ein Hin und Her zwischen uns und der Polizei. Es ist wichtig hervorzuheben, dass bis zu diesem Zeitpunkt noch keiner der Polizisten, die an dem Mord beteiligt waren, festgenommen worden war. Dann gab es einen Punkt, an

dem die Wut und Frustration, die sich in der ersten Nacht gegen das Polizeirevier gerichtet hatte, sich auszuweiten begannen.

Wie reagierten die politisch Verantwortlichen?

Es gab Interventionen von Bürgerrechtsgruppen, die ich der black managerial class, der Schwarzen Managerklasse, zurechnen würde, die gemeinsam mit den gewählten Politikern versuchten, die Wut zu besänftigen. Die Schwarzen Jugendlichen auf der Straße duldeten diese Befriedigungsversuche aber nicht. Sie machten klar: Ihr werdet uns nicht ein paar Kumbaya-Lieder singen und wieder nach Hause gehen sehen. Die Massen auf der Straße jagten den politisch Verantwortlichen eine scheiß Angst ein. Ihre Strategie bestand dann darin, die »guten« Protestierenden von den »bösen« zu trennen, dafür verhängten sie eine Ausgangssperre. Uns wurde gesagt: Ihr könnt friedlich demonstrieren, aber tut es bitte nur zwischen 6 und 20 Uhr. Wenn ihr danach draußen seid, gehört ihr zu den »Bösen«, und dann werden wir gegen euch vorgehen. Sie holten die Nationalgarde und gaben vor, damit die »guten« Protestierenden vor den »bösen« schützen zu wol-

len. Einige haben es ihnen zuerst auch abgekauft. Doch dann fuhren Militärfahrzeuge in Wohnviertel und beschossen Familien mit Tränengas. Das Video eines solchen Vorfalls hat dazu geführt, dass echt viele Leute realisiert haben, dass sie vom Staat verarscht werden.

Was bedeutet das?

Es gibt in Minneapolis viele Leute auf der Straße, die versuchen, die Ereignisse zusammenzubringen, und die zu verstehen beginnen, was die Aufgabe des Staatsapparates ist, nämlich unter anderem Schwarze Menschen und PoC zu terrorisieren, um so den Kapitalismus aufrechtzuerhalten. Zugleich wächst die Erkenntnis, dass wir für uns selber sorgen können. Menschen kommen zusammen und organisieren sich, um die grundlegenden Bedürfnisse in ihren Communities zu befriedigen. Seit der zweiten Woche des Aufstandes hatten wir dann täglich mehrere Massenaktionen, die sich explizit entweder gegen die Politiker der Demokraten in der Stadt oder die Polizei richteten. Als am Samstag, 6. Juni, Zehntausende von uns unter der Forderung »Abschaffung der Polizei« zum Haus des Bürgermeisters Jacob Frey zogen, konnten wir ihn zwingen, uns Rede und Antwort zu stehen. Frey, der zuvor auf Social Media immer wieder beteuert hatte, »alles« zu tun, was in seiner Macht stünde, erklärte uns dort, die Polizei in Minneapolis könne nicht abgeschafft werden. Er wurde daraufhin von uns zurück in sein Haus gebuht. Das war ein unglaublicher Moment von politischer Macht.

Nun hat der Stadtrat von Minneapolis tatsächlich angekündigt, die Polizei auflösen zu wollen – das hat auch international hohe Wellen geschlagen. Was bedeutet diese Ankündigung?

Ich wähle hier meine Worte bewusst vorsichtig. Das Einzige, was bisher konkret besprochen wurde, ist, dass das Human Rights Department von Minneapolis eine Untersuchung durchführen soll, aus der dann die Empfehlung hervorgehen könnte, dass die Polizei in Minneapolis umstrukturiert werden müsste. Es gibt also keinen



Gerade die als progressiv geltenden Politiker sagen oft: Danke, Leute, für euren Aufstand, wir kümmern uns jetzt darum, ihr könnt nach Hause gehen. Dem müssen wir widerstehen und dagegen Selbstorganisation stärken.

Erlass oder kein Gesetz, das der Stadtrat unmittelbar plant. Reclaim the Block, eine Organisation, die sich seit 2018 für die Abschaffung der Polizei einsetzt, hat dem Stadtrat die Frist von einem Jahr gesetzt, in dem er herausfinden soll, wie ein Abwicklungsprozess für die Polizei aussehen kann. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, und es ist ein großer Schritt vorwärts im Vergleich zu dem Punkt, an dem die Stadtratsmitglieder vor einem Jahr in dieser Frage standen. Damals haben sie alle eine Reduktion des Polizeietats um 45 Millionen Dollar abgelehnt – heute geht es um die Auflösung der Polizei. Dafür hat es den Aufstand auf der Straße gebraucht. Wir haben sie gezwungen, sich zu unserer zerstörerischen Polizei zu äußern. Es wird aber die Bewegung von unten weiter brauchen. Denn was wir in den vergangenen Tagen auch gesehen haben: Gerade die als progressiv geltenden gewählten Politiker sagen jetzt: Danke, Leute, für euren Aufstand, wir kümmern uns jetzt darum, ihr könnt also nach Hause gehen. Dem müssen wir widerstehen und dagegen Selbstorganisation stärken.

Die Auflösung ganzer Polizeidepartements gab es zuvor auch schon: 2012 in Kent in New Jersey, dort wurde die Polizei aber durch eine ähnliche Institution ersetzt – oder in Compton in Kalifornien im Jahr 2000, da übernahm dann allerdings das LA-County. Was muss geschehen, damit so ein Akt nicht nur ein Rebranding ist, ein neues Logo für dieselbe Sache?

Das ist etwas, womit eine Menge Leute, die seit Jahren das Ziel der Abschaffung der Polizei verfolgen, jetzt ringen. Wir haben nicht damit

gerechnet, dass wir innerhalb von einem Jahr oder sogar wenigen Wochen solche Forderungen realisiert sehen würden. Auf dem Weg zur Abschaffung der Polizei, die uns nicht schützt und nicht für unsere Sicherheit sorgt, brauchen wir tiefgreifendes Community-Organizing für den Aufbau von kollektiven Infrastrukturen, von kollektiver Sorge umeinander und für eine Stärkung sozialer Institutionen, die die Menschen selbst führen und kontrollieren. Das ist es, was jetzt notwendig ist, damit die Abschaffung der Polizei Wirklichkeit werden kann. Wenn es nicht geschieht, dann passiert das, was jetzt beginnt hochzukommen, nämlich dass die Frage lauter wird: Moment, haben wir dann gar nichts, das uns schützen soll, wird es dann Chaos geben? Auch wenn Schwarze und PoC alltäglich erfahren, dass die Polizei sie nicht schützt, und die Forderung nach Abschaffung der Polizei populärer wird, so teilen doch andererseits viele den weitverbreiteten Glauben, dass es ganz ohne Polizei auch nicht geht. Doch wie gesagt, in unserem Aufstand haben wir auch damit begonnen – mussten wir damit beginnen! – uns in den Nachbarschaften zu organisieren. Daran müssen wir jetzt anknüpfen, um eigene Strukturen zu schaffen, die Vertrauen genießen und die Polizei ersetzen können. Da haben wir echt viel zu tun.

In Minneapolis gab es in der Vergangenheit eine sehr gut organisierte Black-Lives-Matter-Bewegung. Nach dem Mord an Jamar Clark 2015 etwa gab es die 18-tägige Besetzung eines Polizeireviers, die von BLM organisiert wurde. Wie ist das heute? Wer führt die Bewegung in Minneapolis an, wo werden Vorschläge diskutiert, wie es weitergehen kann?

Einerseits ist wirklich schön, was hier vor Ort passiert: Die Bewegung ist organisch, sie wird nicht angeführt von irgendeiner zentralisierten Organisation, es sind Schwarze Jugendliche und PoC, die aus den Arbeiterstadtteilen kommen, die das Sagen haben in der Bewegung und die sich gegen institutionalisierte Kräfte wehren, die versuchen, ihnen zu sagen, was sie

zu tun und zu lassen haben. Auf der anderen Seite gibt es gerade diesen Moment, in dem viele Menschen in Minneapolis die Beschränktheit des Kapitalismus erleben und verstehen. Es gibt keine organisierte linke Kraft in unserer Stadt, die in der Lage ist, einen Weg nach vorne zu weisen. BLM in Minneapolis hat sich 2017 aufgelöst, es gibt eine Nachfolgeorganisation, das Black Visions Collective (BLVC), die einen Stamm an Organizern hat, sich aber in den vergangenen Jahren eher darauf konzentriert hatte, innerhalb der bestehenden Verhältnisse Lobby-Arbeit gegenüber der Politik zu machen. Es gibt also derzeit keine starke Schwarze Organisation vor Ort auf der Straße, die antirassistisch ist und sich auf die Arbeiterklasse bezieht. Was es gibt, sind gewachsene Strukturen in den traditionellen Schwarzen Arbeiterbezirken, wie Nord-Minneapolis, wo die Menschen es gewohnt sind, zusammenzukommen, sich zu unterstützen und auch Selbstverteidigung zu organisieren. Dort, in Nord-Minneapolis, gibt es zurzeit vermehrt Attacken von rassistischen Vigilanten – vor dem Hintergrund haben sich die dort existierenden Selbstverteidigungsstrukturen verstärkt.

Gerade in den ersten Tagen des Aufstandes erhielten Riots und Plünderungen breite Aufmerksamkeit. Auf der einen Seite sind sie Ausdruck einer enormen Wut, auf der anderen Seite werden sie von Trump und den Medien genutzt, um ein abschreckendes Bild der Proteste zu zeichnen. Was denkst du darüber?

In einem System des auf Rassismus basierenden Kapitalismus sind wir es, die die ganze Zeit ausgeplündert werden! Ich habe daher absolut kein Problem, wenn Schwarze Jugendliche aus der Arbeiterklasse Läden von Unternehmen plündern, die beispielsweise gegen einen Mindestlohn von 15 Dollar waren oder die dafür bekannt sind, Abermillionen von ihren Arbeiter*innen zu stehlen. Sie haben Versicherungen, sie haben beste Beziehungen mit Politikern, die Kosten werden an sie zurückgezahlt werden. Wahrscheinlich werden sie das sogar aus

Steuerzahlungen zurückerstattet bekommen, obgleich sie Milliarden Dollar auf irgendwelchen Offshore-Konten liegen haben, mit denen sie für die Kosten der Schäden ohne weiteres selbst aufkommen könnten. Ein wenig anders ist es mit den Plünderungen in Arbeiterstadtteilen, wo das Lebensmittelgeschäft eine wichtige Infrastruktur ist. Ich wünschte, dortige Plünderungen würden in die reichen Stadtteile verlagert, dorthin, wo die CEOs und Manager leben. Wir sollten auch nicht vergessen, dass wir uns inmitten einer Pandemie befinden, in der die schwächsten unter uns Arbeiter*innen die am meisten Gefährdeten sind, jene, die finanziell am kämpfen sind. Das ist auch der Grund, warum etwa DSA unter anderem Lebensmittelverteilungen in solchen Stadtteilen organisiert.

Ich habe den Eindruck, dass dieser Aufstand, der eine unmittelbare Reaktion auf anhaltende Polizeigewalt ist, auch vor dem Hintergrund eines Präsidenten gesehen werden muss, der immer wieder Öl ins Feuer gießt, aber auch vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise, von der überdurchschnittlich Schwarze und People of Color betroffen sind, die viel häufiger sterben als Weiße. Siehst du diese Verbindungen auch?

Klar. Wir werden von allen Seiten brutal betrogen. Ich denke, dass wir definitiv an einem Wendepunkt sind. Im Laufe der letzten Monate wurden unsere Leben auf sehr vielfältige Weise zerstört, es gibt die Covid-19-Krise, die tödlichste Epidemie seit Jahrzehnten, die unsere Wirtschaft auf den Kopf gestellt hat, die Ausbeutung intensiviert und den Ausbeute-

ten gleichzeitig klar gemacht hat, dass sie entbehrlich, ihre Leben nichts wert sind. Insbesondere Schwarze und Arbeiter*innen of Color werden gezwungen, ihr Leben zu riskieren, von Politikern, die sich in ihre Millionen-Dollar-Anwesen zurückziehen und dort sehr komfortabel leben. Und dann haben wir diesen Präsidenten, der eine rechte konservative Bewegung befeuert und dieser Bewegung eine politische Plattform gegeben hat. Ich sage immer: Ich wünschte, die Linke wäre so organisiert wie diese rechte Bewegung! Sie sind echt vorangekommen und stark. Und wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass – gerade auch hier in Minnesota – White Supremacists nicht nur die Typen sind, die mit Knarren rumrennen, sondern oft sind es unsere Manager, die Leute, an denen du im Supermarkt vorbei läufst, es sind Leute, die tief in unserem System verwurzelt sind. Auch deshalb können wir nicht einfach wieder zurück zum business as usual.

Ich kann nicht in einem System weiterleben, das die Vernichtung meines Lebens autorisiert und in dem ich nichts weiter dagegen machen können soll als zu wählen und mich in einer Zivilgesellschaft zu engagieren, die dafür da ist, unsere wirtschaftlichen und politischen Eliten zu schützen. Ich brauche etwas anderes als das! Und wenn das bedeutet, dass Leute auf die Straße gehen und ein Polizeirevier niederbrennen, um etwas zu erreichen, dann ist das der Punkt, an dem wir jetzt sind. ●

Zuerst erschienen in ak 661/16.6.2020

Robin Wonsley Worlobah

ist Mitglied der Democratic Socialists of America (DSA) in Minneapolis. Sie ist seit Jahren aktiv in der sozialistischen Bewegung der Twin Cities (Minneapolis und St Paul) und war unter anderem beteiligt am erfolgreichen Kampf für einen Mindestlohn von 15 Dollar im Jahr 2017. Minneapolis war die erste Stadt des Mittleren Westens, in der dieser eingeführt wurde. Heute arbeitet sie für die Lehrgewerkschaft. Im kommenden Jahr kandidiert Wonsley Worlobah für den Stadtrat von Minneapolis.

Tödliche Solidarität

US-Polizeigewerkschaften entstanden aus der Opposition zur Bürgerrechtsbewegung – ihre Existenz begünstigt nachweislich Polizeigewalt

Von Malte Meyer

In US-amerikanischen Städten, deren Police Departments mit Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen haben, kommt es nicht nur häufiger zu Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten, unter unbewaffneten Zivilist*innen fordert Polizeigewalt dort auch mehr Todesopfer. Begünstigt die Existenz von Polizeigewerkschaften also ein besonders gewalttätiges Auftreten der Polizei? Diesen Schluss jedenfalls legen Recherchen der Campaign Zero nahe, die aus der Black-Lives-Matter-Bewegung heraus entstanden ist. Seit 2015 setzen sich die Aktivist*innen der Kampagne dafür ein, dass die Zahl der Todesopfer polizeilicher Gewaltausübung in den USA von derzeit mehr als 1.000 pro Jahr möglichst rasch auf Null reduziert wird.

Im Rahmen ihrer Untersuchungen werteten sie Tarifverträge aus zahlreichen Städten aus, bekamen aber auch Schützenhilfe von Hackern, die interne Dokumente der berüchtigten Fraternal Order of Police an den britischen Guardian weiterleiteten. Ergebnis: Zahlreiche Tarifverträge sehen vor, dass Ver-

merke über dienstliches Fehlverhalten nicht öffentlich gemacht werden dürfen und nach einem bestimmten Zeitraum auch wieder gelöscht werden müssen. Zudem muss verdächtigen Beamt*innen häufig viel Zeit gelassen werden, sich im (ohnehin seltenen) Fall einer internen Ermittlung auf ihre Aussage vorzubereiten.

Derartige Bestimmungen, die die Ahndung von Polizeigewalt und institutioneller Diskriminierung behindern, gehören zur Erbinformation gewerkschaftlicher Cop Culture in den USA. Immerhin entstanden die US-amerikanischen Polizeigewerkschaften in ihrer heutigen, sehr einflussreichen Form aus der direkten Opposition zum Civil Rights Movement der 1960er Jahre. Um den Gewaltexzessen des damals noch fast ausschließlich weißen Polizeiapparats zu begegnen, setzten sich insbesondere schwarze Bürgerrechtsorganisationen dafür ein, die Polizei mithilfe ziviler Aufsichtsgremien einer stärkeren demokratischen Kontrolle zu unterziehen. Weil viele Beamte aber bereits linksliberale Reformvorschläge wie die nach öffentlich einsehbaren Strafregistern und Personalakten von Polizisten mit einem drohenden

Ende ihrer faktischen Immunität vor Strafverfolgung gleichsetzten, schlossen sie sich seit den frühen 1970er-Jahren verstärkt zu Polizeigewerkschaften zusammen. Seither bemühen sich diese Verbände mit beträchtlichem Erfolg darum, Ermittlungen gegen Straftäter*innen in Uniform durch tarifvertragliche oder auch gesetzliche Klauseln so effektiv wie möglich zu unterbinden. Etliche Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen, aber auch Dissident*innen aus der Polizeipraxis sehen Cop-Gewerkschaften deshalb als das größte Hindernis auf dem Weg zu einer antirassistischen Reform der US-Polizei an.

»Bad kind of unionism«

Wie groß genau dieses Hindernis ist, verdeutlichen bereits einige Zahlen. Mit Ausnahme einiger Reviere im tiefen Süden sind inzwischen die Polizeibehörden nahezu jeder Großstadt in den USA gewerkschaftlich organisiert. Nach Schätzungen sind sogar rund 70 Prozent aller 1,1 Millionen US-Ordnungshüter*innen Mitglied einer Polizeigewerkschaft und machen die Berufsgruppe (nach den Feuerwehrleuten) damit zu einer der bestorganisierten überhaupt. Die vor allem lokal verankerten Polizei-

gewerkschaften haben sich in drei nationalen Dachorganisationen zusammengeschlossen, von denen die Fraternal Order of Police mit knapp 350.000 Mitgliedern die größte ist und am weitesten rechts steht. Die National Organization of Police Associations hat 240.000 Mitglieder, aber auch der zum AFL-CIO zählenden und ebenfalls Donald Trump unterstützenden International Union of Police Associations gehören noch über 100.000 Polizeibeamt*innen an. Aufgrund ihres außergewöhnlichen Organisationsgrades gehören Polizist*innen heute zu den mit am besten bezahlten Beamtengruppen, und ihre finanziell gut gepolsterten Gewerkschaften werden von Demokraten (öffentlicher Dienst) und Republikanern (law and order) gleichermaßen hofiert.

Um ihre ökonomischen und politischen Ziele durchzusetzen, kaufen die Polizeigewerkschaften zum einen professionelle Lobbyist*innen ein oder leisten Wahlkampfhilfe für Politiker*innen, die sich tough on crime zeigen – Donald Trump gehört zu ihren größten Nutznießern. Daneben wenden sie aber auch klassischere gewerkschaftliche Kampfmittel an: demonstrative Nachlässigkeit bei der Ausstellung von Bußgeldbescheiden, kollektives Krankfeiern (blue flu) oder andere Formen von Arbeitsverweigerung. Wenn sie gegen eine vermeintliche »Diskriminierung von Polizisten« zu Felde ziehen oder dafür werben, dass in weiteren Bundesstaaten sowie auf Bundesebene Police-Officer-Bill-of-Rights-Gesetze eingeführt werden, bedienen sich die Gewerkschaften zur Vertuschung von rassistischer Polizeigewalt sogar der Rhetorik der Bürgerrechtsbewegung. Die jüngste Kapriole in diesem Zusammenhang scheint die Blue-lives-matter-Kampagne zu sein, die die Tötung von Polizist*innen als Hassverbrechen eingestuft und entsprechend hart bestraft sehen möchte, vor allem aber natürlich die Legitimität von Black Lives Matter bestreitet.

Weil US-amerikanische Polizeigewerkschaften die Militarisierung der Polizei genauso unterstützen wie die Präsidentschaft Donald Trumps und rassistische Polizeige-



Viele Tarifverträge enthalten Klauseln, die die Ahndung von Polizeigewalt und institutioneller Diskriminierung behindern.

walt unter den Teppich kehren, während ihre Mitglieder dem gefängnisindustriellen Komplex loyale Zulieferdienste leisten, mehren sich in der US-amerikanischen Linken seit einigen Jahren Forderungen nach einer politischen Ächtung oder zumindest Distanzierung von Polizeigewerkschaften. Das ansonsten eher um Gewerkschaftsnähe bemühte Magazin Jacobin etwa erklärte Polizeigewerkschaften zum »bad kind of unionism« und forderte ihren Ausschluss aus dem Dachverband: »Der Bulle, der heute für Tarifverträge demonstriert, wird sich schon morgen um den Schutz von Goldman Sachs kümmern.« Und in Seattle hat das dortige Gewerkschaftsbündnis die ihm angehörende Seattle Police Officers' Guild mit 1.000 Mitgliedern unlängst ultimativ aufgefordert, sich öffentlich zum Kampf gegen Rassismus und Polizeigewalt zu bekennen – andernfalls drohe ihren 1.000 Mitgliedern der Ausschluss aus dem Ortskartell.

Polizist*innen raus aus dem DGB?

Auch in Deutschland sind in den letzten Jahren gewerkschaftslinke Forderungen nach Ausschluss der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus dem DGB etwas lauter geworden. Immerhin lassen sich hierzulande nicht nur bei der Deutschen Polizeigewerkschaft und ihrem AfD-nahen Anführer Rainer Wendt propagandistische Versuche beobachten, die realen Machtverhältnisse zwischen hochgerüsteten Staatsorganen und »beschwerdeschwachen« Bevölkerungsgruppen auf den Kopf zu stellen. Auch die GdP etwa fährt seit einigen Jahren eine PR-Kampagne mit dem Titel »Auch Mensch«, die Polizist*innen als Gewaltopfer darstellt und auf diese Weise von brutalen Polizeieinsätzen, rassistischem

Profiling und extrem rechten Netzwerken in der deutschen Polizei ablenkt.

Im Fall des 2005 im Dessauer Polizeigewahrsam verbrannten Oury Jalloh erstattet die GdP Sachsen-Anhalt über den gewerkschaftlichen Rechtsschutz für den 2012 wegen fahrlässiger Tötung verurteilten Dienstgruppenleiter Verfahrenskosten in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro. Gegenwärtig läuft die GdP vor allem gegen das neue Berliner Antidiskriminierungsgesetz Sturm, weil sie berufliche Nachteile für ihre Mitglieder befürchtet, falls Beschwerden über diskriminierende Polizeipraxis laut werden. Der nordrhein-westfälische Landesverband der GdP forderte das Innenministerium in Düsseldorf deshalb sogar dazu auf, fortan keine Kolleg*innen mehr zu Einsätzen nach Berlin zu schicken.

Weil sie von Korpsgeist, Kameraderie und dem unter Uniformträger*innen ohnehin verbreiteten Autoritarismus zehren, erweisen sich Polizeigewerkschaften tatsächlich nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern als besonders effektive Hindernisse bei der Durchsetzung demokratischer Polizeireformen. Umgekehrt dürfte es aber kaum ausreichen, beim Kampf gegen rassistische Polizeigewalt lediglich die Polizeigewerkschaften in den Fokus zu rücken und vom sonstigen Polizeiapparat und seiner Funktion zur Stabilisierung der herrschenden Ordnung abzusehen. Bereits eine weitreichende Demilitarisierung der Polizei, wie sie von der Campaign Zero ebenfalls gefordert wird, dürfte sich deshalb nur im Zuge fundamentaler gesellschaftspolitischer Veränderungen durchsetzen lassen. ●

Malte Meyer lebt in Köln und beschäftigt sich nebenberuflich u.a. mit Geschichte und Gegenwart deutscher und US-amerikanischer Gewerkschaften. Von ihm erschien zuletzt das Buch »Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914« (Münster 2017).

Zuerst erschienen in ak 661/16.6.2020

»Wir müssen uns aus dem polizeilichen Blick herausarbeiten«

Warum identifizieren sich so viele Menschen mit der Polizei? Das erklären Vanessa E. Thompson und Daniel Loick im Interview

Interview: Jan Ole Arps
und Nelli Tügel

Nachdem rund um die Black-Lives-Matter-Bewegung kurz eine Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Rassismus und Polizei auch in Deutschland möglich schien, wird nun doch wieder nur über Gewalt gegen Beamt*innen geredet – und darüber, dass man nicht alle Polizist*innen über einen Kamm scheren dürfe. Erneut ist deutlich geworden, wie viele Menschen sich mit der Polizei und ihrer Perspektive identifizieren. Wie diese Identifikation funktioniert und immer wieder neu hergestellt wird, erklären die kritischen Polizeiforscher*innen Vanessa E. Thompson und Daniel Loick.

Anfang Juni gab es große Black-Lives-Matter-Protteste auch in Deutschland, eine Debatte über Rassismus bei der Polizei schien in Gang zu kommen. Wenige Wochen später ist Gewalt gegen die Polizei das große Thema, Kritik an der Polizei erscheint fast als eine Art Gotteslästerung. Woher kommt diese extreme Identifikation mit der Polizei?

Vanessa E. Thompson: Schon in den Reaktionen auf das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz hat man gesehen: Wenn es um institutionellen Rassismus in der Polizei geht, gibt es starke Abwehrreaktionen vonseiten der Mehrheitsgesellschaft. Diese Abwehr behauptet, man könne die US-Polizei nicht mit der deutschen Polizei vergleichen. Auch bei den Black-Lives-Matter-Protessen hat man gesehen, wie gut es funktio-

niert, Themen wie Polizeigewalt und Rassismus in die USA auszulagern, während es in Deutschland angeblich nur Einzelfälle gibt. Dabei wird institutioneller Rassismus in der Polizei auch in Deutschland schon lange kritisiert.

Daniel Loick: Bemerkenswert ist auch, dass der Fall von George Floyd die Proteste in Deutschland ausgelöst hat. Deutsche Ereignisse, wie der Mord an Oury Jalloh, die Tötung von Christy Schwundek, der NSU 2.0 oder die Morde in Hanau haben keine solche Reaktion erzeugt. Offenbar braucht es den Umweg über die USA, um Empörung zu produzieren. Das gilt auch für die Berichterstattung in den Medien: Finden Riots in den USA statt, ist das für viele zumindest nachvollziehbar, aber wenn das in Stuttgart passiert, ist es ein Skandal. Ich glaube, das liegt an der

in Deutschland weit verbreiteten Identifikation mit einer polizeilichen Perspektive auf die Welt.

Was meinst du damit?

Daniel Loick: Linke Polizeikritik hat sich in Deutschland oft auf Anti-Repressions-Arbeit konzentriert und so getan, als wären alle gleichermaßen betroffen von der Polizei, die uns von außen mit Schlagstock und Tränengas unterdrückt. So kann man aber nicht verstehen, warum es seitens der Mehrheitsgesellschaft so eine große subjektive Identifikation mit der Polizei gibt. Hier kommt man weiter, wenn man die Doppelrolle der Polizei versteht: Einerseits marginalisiert und schikaniert sie bestimmte Bevölkerungsgruppen, aber zugleich bietet sie sich anderen als Vollstreckerin der eigenen Interessen, zum Teil auch nur der eigenen phantasmatischen Vorstellungen, an.

Vanessa E. Thompson: Die Polizei unterdrückt und kontrolliert die einen, indem sie machtvolle Positionen und Verhältnisse schützt. Das macht etwas mit den Subjektivitäten auch jener Menschen, die im Alltag die Polizei nicht wirklich erleben: Die Mehrheitsgesellschaft wird dadurch polizeilich ermächtigt. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft betrachten die Polizei als sicherheitsbringend und sehen sich zugleich durch die Kontrolle der anderen in ihren eigenen Rassismen bestätigt. Sie werden darin bestärkt, dass sie ein Recht haben auf Sicherheit und Schutz und dass die Polizei dafür da ist, dieses Recht durchzusetzen.

Wenn ein Polizeieinsatz beispielsweise in einer Geflüchtetenunterkunft stattfindet, dann ist das auch Training des Blicks der Mehrheitsbevölkerung?

Vanessa E. Thompson: Genau, solches Handeln wirkt auf die Gesellschaft zurück. Aber das gilt auch für die unspektakuläreren Formen des Polizierens wie etwa Racial Profiling, das natürlich für die Betroffenen eine Form der alltäglichen Gewalt darstellt. Racial Profiling vermittelt der Mehrheitsbevölkerung ein Versprechen von Sicherheit, das auf der Kontrolle der polizierten Subjekte aufbaut.



Diversifizieren, das sehen wir in Großbritannien und den USA, schützt kein Schwarzes Leben. Diversifizieren von Polizei diversifiziert das Problem nur. Vanessa E. Thompson

Daniel Loick: Hier spielen auch Medien eine große Rolle. Stuart Hall hat in dem Buch »Policing the crisis« beschrieben, wie mediale Diskurse und das polizeiliche Narrativ zusammenspielen. Ich wohne im Frankfurter Bahnhofsviertel, da kann man dieses Zusammenspiel perfekt beobachten. Es ist ein Viertel, in dem auf vielfältige Weise poliziert wird, weil hier viel Drogengebrauch, aber auch Sexarbeit und zugleich ein starker Gentrifizierungsprozess stattfindet. Es gibt hier Leute, die nie die Polizei rufen, die sie nicht in Anspruch nehmen können. Und es gibt die weißen, relativ wohlhabenden Menschen, denen durch polizeiliche Aktionen immerzu signalisiert wird, dass diese anderen Personen stören. Es ist aber nicht nur die Polizei, die das signalisiert, sondern das Polizeihandeln wird auch eingefordert – von Medien beispielsweise, die an Polizei und Politik die Forderung richten, härter durchzugreifen. Das ermöglicht es Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft, die Perspektive der Polizei einzunehmen statt die der Unterdrückten. Es ist eine Komplizenschaft des weißen Blickes mit der polizeilichen Perspektive, die sich immer wieder neu herstellt.

Gleichzeitig gibt es auch das Gegenteil, wie man in Stuttgart gesehen hat: eine große Wut auf die Polizei.

Vanessa E. Thompson: Gerade für diejenigen, die alltäglich poliziert werden, ist die Polizei schon lange keine schutzbringende und sicherheitsstiftende Institution. Dass es Leuten dann auch mal reicht, erleben wir nicht nur in den USA, sondern auch in Paris, London

und anderswo. Das sind Formen politischer Wut, die nicht pathologisiert werden sollten und die zudem auch Forderungen beinhalten. Ich denke, es ist wichtig, die systematische Gewalt, die Polizieren bedeutet, immer auch im Blick zu haben, wenn wir über Wut reden.

Die Polizei im Norden der USA wurde vor allem zur Bekämpfung von Streiks gegründet, in den Südstaaten entstand sie aus den Slave Patrols. Welche Traditionen gibt es in Deutschland?

Daniel Loick: In den USA liegt die institutionelle Verbindung von Rassismus und Polizei unmittelbar auf der Hand. In Europa ist das schwieriger nachzuvollziehen, weil es unterschiedliche Entstehungsgeschichten der Polizei gibt. Daraus wird dann fälschlicherweise oft der Schluss gezogen, in Europa sei es »nicht so schlimm«. Für Europa und konkret Deutschland sind zwei Kapitel der Polizeigeschichte besonders wichtig: Das ist zum einen der Kolonialismus. Viele Polizeipraktiken wurden in europäischen Kolonien erprobt. Das zweite ist die Einbindung der Polizei im Nationalsozialismus. Beispiel Schutzhaft: Die spielte in der nationalsozialistischen Polizeipraxis eine große Rolle dabei, Dissidenten massenhaft zu inhaftieren. Dann gab es sie lange Zeit nicht mehr, nun wurde sie mit dem Bayerischen Polizeiaufgabengesetz von 2018 wieder begrenzt erlaubt. Noch wichtiger aber als solche institutionellen Kontinuitäten sind jene der polizeilichen Perspektive: Wie die Polizei etwa auf Romnja und Sintezi blickt, ist nach wie vor geprägt von nationalsozialistischen Kontinuitäten.

Vanessa E. Thompson: Das Anhalten und Kontrollieren von Romnja und Sintezi ist inhärenter Teil moderner Polizeipraktiken in Europa und auch in Deutschland. Verordnungen zur Kontrolle, Einhegung der Mobilität und Dehumanisierung von Romnja und Sintezi gab es in vielen Teilen Deutschlands sogar schon vor dem NS, und sie sind bis in die 1970er Jahre direkt in polizeiliches Wissen und Handeln eingeflossen. Hier gibt es einen Zusammenhang zu

den Kolonien: Bei der Kontrolle von Romnja und Sintezi ging und geht es ganz stark um das Einschränken von Bewegungsfreiheit zum Erhalt von Kontrolle und internen rassifizierten und vergeschlechtlichten Besitzverhältnissen. Das hatten wir in den Kolonien mit externem Bezug: Arbeitscamps, Restriktionen von Versammlungen der kolonisierten Bevölkerungen, exzessive Gewalt. Heute gibt es das nicht nur in Bezug auf Romnja und Sintezi, sondern auch auf Schwarze, migrantische und als muslimisch gelesene Menschen, und besonders mit Bezug auf geflüchtete Menschen.

Daniel Loick: Auch das Verbot von Landstreicherei durchzusetzen, ist in Europa von Anfang an Teil der Polizeiaufgaben gewesen. Es ging dabei um das Produktivmachen von Körpern für die kapitalistische Ausbeutung, wie auch Foucault oder die marxistische Polizeikritik betonen. Aber es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Kontrollen regelmäßig rassifiziert werden. Das wiederum kann nicht ohne die Kolonialgeschichte verstanden werden.

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland immer wieder Verbindungen rechter Terrorgruppen in die Polizei oder zu einzelnen Polizisten aufgedeckt.

Vanessa E. Thompson: Ja, das wird meist als sehr überraschend wahrgenommen. Wenn man sich die historischen Kontinuitäten anschaut, ist es leider eher wenig überraschend. Es zeigt, dass Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in einer Institution des institutionellen Rassismus gut gedeihen können.

Gleichzeitig gibt es die Idee, dass man nur mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Polizeidienst holen und Diversity Workshops in der Polizeiausbildung etablieren müsse, damit sich etwas ändert.

Vanessa E. Thompson: Die Frage bei Polizeireformen muss immer sein: Welche Reformen können Betroffene von alltäglicher Polizeigewalt unterstützen? Das wären etwa unabhängige Beschwerdestellen, die von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragen werden.

Auch zum Prozess des Abolitionismus, also der Überwindung der Polizei im Sinne einer gesellschaftlichen Transformation auf vielen Ebenen, gehören Reformansätze, die die Betroffenen unterstützen und ermächtigen. Diversifizieren, das sehen wir in Großbritannien, aber auch in den USA, schützt kein Schwarzes Leben. Wir haben Schwarze Polizist*innen in diesen Polizeibehörden, Polizist*innen of Color – aber die Polizeigewalt bleibt überbordend. Diversifizieren von Polizei diversifiziert das Problem nur.

Daniel Loick: Die abolitionistische Perspektive, die auf die Überwindung von Polizei zielt, bietet für Reformmaßnahmen eine gute Leitlinie: Man sollte alle Reformen ablehnen, die dazu führen, dass mehr Ressourcen in die Polizei gesteckt werden. Zum Beispiel alle, die auf technische Lösungen abzielen, Bodycams etwa. Stattdessen müssen Mittel aus dem polizeilichen Apparat abgezogen und in andere gesellschaftliche Bereiche reinvestiert werden. Die Defunding-Idee muss auch begleitet werden von einer Entkriminalisierung. Ein sehr großer Teil des Racial Profiling in Deutschland wird mit Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz gerechtfertigt. Ein Drittel der Gefängnispopulation ist auf Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz zurückzuführen. Allein die ersatzlose Streichung dieser Straftatbestände wäre schon eine große Erleichterung für viele Menschen; ein großer Teil der Gewalt in ihrem Leben würde wegfallen. Außerdem muss die Reform der

Polizei immer Teil eines breiteren gesellschaftlichen Kampfes sein, mit der Frage der demokratischen Selbstregierung verknüpft sein, mit ökonomischer Absicherung, Gesundheitsversorgung und so weiter.

Grundsätzliche Kritik an der Polizei wird schnell weggewischt mit dem Argument, es gäbe keine Alternative. Ohne Polizei herrsche Chaos. Oft wird dann auf sexuelle Gewalt verwiesen: Wer soll Sexualstraftaten dann verfolgen?

Vanessa E. Thompson: Die Leute, die vor Chaos warnen, sind meist die, die im Alltag keinen Kontakt mit der Polizei haben, denn das bedeutet eher Angst und Chaos. Es sind hauptsächlich weiße Perspektiven von relativ wohlhabenden Personen, die sozial und ökonomisch abgesichert sind. Dabei herrscht in diesen weißen Communities, wo die Polizei nicht auftaucht, ja auch kein Chaos. Es braucht also eine Stärkung von Institutionen sozio-ökonomischer Gerechtigkeit und politischer Teilhabe, nicht mehr Polizei und Kontrolle. Bei Alternativkonzepten zur Polizei stehen die Perspektiven der von verschränkten Formen von Gewalt Betroffenen im Mittelpunkt: Transformative Justice und Community Accountability sind abolitionistische Konzepte, die entwickelt wurden von Schwarzen trans Frauen, von Women of Colour, die sowohl von interpersoneller sexualisierter Gewalt als auch von staatlicher Gewalt betroffen sind. Aus der Perspektive von rassifizierten und illegalisierten Frauen, trans und nichtbinären Personen bedeutet Polizei keinen Schutz, sondern eher weitere Brutalisierung. In den USA sind viele Schwarze trans Personen im Gefängnis, weil sie sich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt gewehrt haben und dann noch polizeilich kriminalisiert worden sind. Es geht also auch hier darum, sich aus dem polizeilichen Blick herauszuarbeiten. Denn es gibt keine emanzipatorische Reform von Institutionen, die kriminalisierend und tötend sind.

Daniel Loick: Viele dieser Debatten wurden auch von der autonomen Frauenbewegung in



In den USA gibt es Studien, dass Polizeibeamte viermal so oft Täter von häuslicher Gewalt werden wie der Bevölkerungsdurchschnitt.
Daniel Loick

Westdeutschland schon geführt. Es gab lange Zeit eine Position, dass der Vergewaltiger im Nahkontext und die Bullen Teil desselben patriarchalen Systems sind. Deshalb kann man nicht die einen benutzen, um sich vor den anderen zu schützen. Denn erstens funktioniert der Schutz nicht. Für den braucht es andere Strukturen wie zum Beispiel Frauenhäuser, die durch feministische Selbstorganisation erkämpft wurden. Zweitens sind Polizisten Teil des Problems, weil sie patriarchale Gewalt reproduzieren. In den USA gibt es Studien, dass Polizeibeamte viermal so oft Täter von häuslicher Gewalt werden wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Und drittens gibt es gute Alternativen zur staatlichen Gewalt, die in den Communities selbst entwickelt wurden.

Was zeichnet diese Alternativen aus?

Daniel Loick: Der Ausgangspunkt von Konzepten wie Transformative Justice und Community Accountability war die Aussage: Wir wollen die Gewalt in unseren Communities nicht akzeptieren, weder die sexualisierte und häusliche Gewalt, noch die der Polizei. Das bedeutet, dass wir kollektiv Verantwortung übernehmen und auch die Bedingungen in den Blick nehmen müssen, die Gewalt produzieren – mit dem Ziel, sie zu überwinden. Dabei geht es darum, die Bedürfnisse und Perspektiven der Person, die Gewalt erfahren hat, in den Mittelpunkt zu stellen.

Vanessa E. Thompson: In Deutschland ist die aktuelle Diskussion um abolitionistische Ansätze sehr auf den Defunding-Aspekt der Polizei beschränkt, dabei setzen sich gerade selbstorganisierte geflüchtete Frauen schon lange für die Abschaffung der Lager ein. Es geht aber auch darum, sich von der Idee zu verabschieden, Kriminalisierung würde Gerechtigkeit schaffen, denn es gibt ja auch weitere Institutionen, durch die Polizieren wirkt (Fürsorgeregime, etc.). In der Hinsicht ist Abolitionismus auch ein Prozess, der unsere gesellschaftlichen Beziehungen, Institutionen und unsere Beziehungen zueinander transformiert.

Vanessa, du hast gesagt, dass es in manchen Ländern stärkere Traditionen von Polizeikritik gibt. Woran liegt es, dass die Polizeikritik in Deutschland so schwach entwickelt ist?

Vanessa E. Thompson: Polizeikritik gibt es zwar schon, aber die unterschiedlichen Ebenen und besonders die Dimension des intersektionalen Rassismus und der kolonialen Kontinuitäten werden viel zu wenig mitbedacht. In Deutschland wird Rassismus als institutionalisiertes System der Ausbeutung, der Dehumanisierung und des Ausschlusses einfach systematisch geleugnet. Das sehen wir am Nicht-Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte, an der fehlenden Aufarbeitung des Genozids an den Herero und Nama, des ersten Genozids des 20. Jahrhunderts. Das sehen wir im Rassismus in Bildungsinstitutionen und anderen Institutionen. Kämpfe für Schwarzes und rassifiziertes Leben gibt es in Deutschland aber schon lange. Jetzt ist die Frage: Gibt es eine Öffnung für eine breitere und systematische Auseinandersetzung und Bekämpfung von institutionellem Rassismus? Deswegen ist es wichtig, dranzubleiben. Die heftigen Reaktionen auf die Debatte um Polizeikritik haben wieder gezeigt, dass Deutschland in Bezug auf die Verhandlung von Rassismus ein »Entwicklungsland« ist. Ich benutze den Begriff Entwicklungsland bewusst sehr selten, in diesem Fall ist er angebracht. ●

Zuerst erschienen auf www.akweb.de am 29.6.2020

Die Interviewpartner*innen

Daniel Loick lehrt politische Philosophie und Sozialphilosophie an der Universität Amsterdam. 2018 hat er den Sammelband »Kritik der Polizei« herausgegeben.

Vanessa E. Thompson ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. In ihrem aktuellen Projekt forscht sie zu Polizieren von Schwarzsein in Europa.

Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt

Der Hanauer Terroranschlag war nur durch das Framing von Shishabars als gefährliche Orte möglich

Von Bafta Sarbo

Als Racial Profiling werden rassistische Polizeikontrollen bezeichnet, bei denen Menschen anhand von phänotypischen Merkmalen, insbesondere der Hautfarbe, polizeilichen Maßnahmen unterzogen werden. Den Begriff und die Diskussion kennen viele vor allem aus den USA, aber auch in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern gibt es das. Allerdings hat Racial Profiling in Deutschland eine andere Grundlage als in den USA. Hier geht es seltener darum, Drogendelikte festzustellen, sondern in der Regel um Migrationskontrolle. Eine zentrale Rechtsgrundlage sind die Paragraphen 22 und 23 des Bundespolizeigesetzes (BPolG), die es der Bundespolizei erlauben, nicht nur an Grenzen, sondern insbesondere an Bahnhöfen, Flughäfen und in Zügen Menschen zu kontrollieren.

Die genannten Paragraphen erlauben zunächst eigentlich nur, diese Menschen zu befragen; erst wenn sich durch die Befragung der erste Verdacht erhärtet, dürfen weitere Maßnahmen ergriffen, etwa die Identität festgestellt werden. In der Regel treten die Polizist*innen jedoch direkt an die Betroffenen heran und verlangen den Ausweis. Da

die meisten Menschen in dieser Situation verunsichert sind oder ihre Rechte nicht kennen, händigen sie oft ohne weitere Gegenwehr ihre Papiere aus.

Racial Profiling ist offiziell natürlich illegal. Es widerspricht dem Grundgesetz und auch völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik, Menschen anhand ihrer äußeren Merkmale einzuordnen und zu kontrollieren. Dies aber findet beim Racial Profiling trotzdem statt, da die Beamt*innen in aller Regel das Äußere als zentralen Anhaltspunkt nehmen, um Menschen solcher Kontrollen zu unterziehen.

Gefährliche Orte

Im Polizeirecht der Länder gibt es weitere Bestimmungen, die polizeiliche Befugnisse zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung nicht an einen Verdacht oder eine konkrete Gefahr, sondern an einen »Ort« binden. In einigen Bundesländern ist von »gefährlichen«, in anderen von »gefährdeten« Orten oder von »Gefahrengebieten« die Rede. In Berlin findet sich die Regelung über »kriminalitätsbelastete Orte« in Paragraph 21 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes. An Orten, an denen nach Ansicht der Polizei besonders viele Straftaten geschehen sollen, insbesondere Betäubungsmittelkriminalität, oder

an denen sich viele illegalisierte Menschen aufhalten, darf die Polizei verdachtsunabhängig die Identität von Personen einfach feststellen und deren Sachen durchsuchen, ohne dass sich zuvor durch eine Befragung ein konkreter Verdacht auf eine Straftat ergeben hätte.

Das erhöhte Niveau statistisch registrierter Kriminalität an diesen Orten ergibt eine Selffulfilling Prophecy, denn durch vermehrte Kontrollen werden auch mehr Straftaten festgestellt, die zur weiteren Stigmatisierung des Ortes als »kriminalitätsbelastet« dienen. So kann die Polizei im Grunde fast jeden Ort als »kriminalitätsbelastet« stigmatisieren, insbesondere da derartige Festlegung kaum überprüft werden können.

Bereits bei oberflächlicher Betrachtung lässt sich feststellen, dass es sich bei diesen Orten zumeist um migrantisch geprägte Gegenden handelt und die hier anfallenden Straftaten oftmals einen Klassenhintergrund haben. Es sind Orte, an denen die gängigen Straftaten nicht unbedingt Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug sind. Eine zentrale Ebene ist dabei, dass Menschen, die illegalisiert sind und denen alle Rechte vorenthalten werden, auch keine Möglichkeit haben, legal und regulär zu arbeiten. Sie sehen sich vielfach dazu gedrängt,

durch illegale Tätigkeiten, oftmals eben durch den Straßenverkauf von Betäubungsmitteln, ihre Existenz zu sichern. Menschen werden also in eine bestimmte soziale Position gedrängt und dann dafür sanktioniert, dass sie sich dort aufhalten.

Stigmatisierung und Ohnmacht

Diese Polizeipraxis ist für die Betroffenen zumeist sehr demütigend, da sie in der Öffentlichkeit stattfindet und gerade dadurch noch einmal rassistische Bilder reproduziert, besonders weil die Polizei diese Kontrollen auch öffentlichkeitswirksam inszeniert. Bei Zuschauer*innen erzeugt dies das Bild des »kriminellen Ausländers«. Wenig beachtet wird aber, was es mit dem Sicherheitsgefühl der Betroffenen macht, sich an bestimmten Orten aufhalten zu können. In Berlin trauen sich nicht wenige Menschen aufgrund der demütigenden und teils traumatisierenden Erfahrungen nicht mehr, Orte wie den Görlitzer Park, den Alexanderplatz oder das Kottbusser Tor aufzusuchen.

Die Wenigsten setzen sich damit auseinander, was diese rassistischen Kontrollen für die Betroffenen tatsächlich bedeuten. Die gängige Kritik bezieht sich (zum Teil zu Recht) zumeist auf das Vorgehen der Polizeibehörden.

Dabei wären viele Menschen gern solidarisch, wissen aber in der konkreten Situation nicht, wie sie sich verhalten sollen. Sinnvoll ist es, Betroffene von Kontrollen nach ihren Namen zu fragen und der Polizei explizite Fragen zu stellen, etwa warum ausgerechnet diese Person kontrolliert wird. So kann auch deutlich gemacht werden, dass die Beamt*innen nicht so einfach mit dieser rassistischen Praxis davorkommen. Auch die Dokumentation solcher Fälle, etwa durch die Kampagne für die Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) ist wichtig. Gruppen wie KOP sind auf die Beobachtungen und Erfahrungen Betroffener oder solidarischer Menschen angewiesen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass Racial Profiling nicht das Ergebnis individueller rassistischer Einstellungen von Polizist*innen ist, bei

denen etwa interkulturelle Schulungen oder eine bessere Repräsentation migrantischer Bevölkerungsgruppen unter den Beamt*innen Abhilfe schaffen könnten. Solche Maßnahmen mögen im Einzelfall sinnvoll sein, aber sie lösen nicht das grundsätzliche Problem, dass verdachtsunabhängige Kontrollen notwendigerweise Racial Profiling mit sich bringen und deshalb diese polizeilichen Befugnisse abzuschaffen sind.

Dass das Problem immer wieder bei den individuellen Beamt*innen verortet wird, ist bezeichnend. Zum einen ist anzumerken, dass die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Kontrollen bzw. von Kontrollen mit äußerst niedriger Eingriffsschwelle individuelles Fehlverhalten bestärkt, da es den Beamt*innen erlaubt, ohne Rechtfertigungsdruck zu handeln. Auch mehr migrantische Beamt*innen helfen da nicht weiter, da ausgerechnet sie nicht selten vorgeschickt werden und unter besonderem Druck stehen, das Handeln der Polizei im Ganzen mitzutragen.

Struktureller Rassismus

Vor allem aber wird durch den Verweis auf interkulturelle Kompetenz etc. vermieden, Rassismus als strukturelles Problem zu erkennen. Aus dem Blick gerät insbesondere das umfassendere ökonomische soziale Verhältnis, in dem Menschen grundlegende Rechte vorenthalten werden und sie gezwungen sind, bestimmten illegalisierten Tätigkeiten nachzugehen, um dann aufgrund phänotypischer Merkmale einer Kontrolle ausgesetzt zu sein, in der sie kriminalisiert und sanktioniert werden. Der deutschen Öffentlichkeit ist – anders als den Betroffenen – zumeist gar nicht klar, dass auf der ökonomischen Ebene zwischen den Herkunftsländern der Betroffenen und der Bundesrepublik bis heute (neo-)koloniale Verhältnisse bestehen, die die Menschen nicht nur in die Flucht, sondern auch hier noch in wirtschaftliche Verhältnisse zwingen, die sie ins Visier der Polizei rücken.

Dass in Deutschland aber Wissen über strukturellen Rassismus nur wenig Beachtung findet und

diese Verhältnisse nicht als Skandal wahrgenommen werden, liegt auch daran, dass es sich hier um einen gesellschaftlichen Normalzustand handelt. Wenn in Deutschland überhaupt über Rassismus und rassistische Gewalt gesprochen wird, dann ist zumeist die Rede von Nazis und Rechten. Dabei ist die Gewalt, die Nazis und offene Rassisten anwenden, oftmals die Spiegelung jener Gewalt, die auch der Staat gegen Menschen anwendet. Und die Akzeptanz dieser Gewalt hat zugezogen: Während noch vor einigen Jahren das Racial Profiling bis weit in eine bürgerliche Öffentlichkeit als großes Problem gesehen wurde, wurden an Silvester 2016 in Köln hunderte Menschen einzig aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft stundenlang in der Kälte festgehalten und Kontrollen unterzogen. Doch statt Empörung und Kritik zu äußern, hieß es selbst bei SPD und Grünen, dass das notwendig sei und die Polizei gar nicht anders arbeiten könne.

Auch der Terroranschlag in Hanau lässt sich nicht denken ohne das Framing von Shishabars als gefährliche Orte im Kontext der Debatte um »Multikulti«, Integration und »Clankriminalität«. Die in der Konsequenz massiv ausgeweiteten unangekündigten Razzien und die Schikane gegen Shishabars und andere migrantische Geschäfte markierten diese als außer Kontrolle geratene Orte, auf die der Staat nur begrenzten Zugriff hat. Bundesweit wurde der zum Großteil migrantisch geprägte Bezirk Berlin-Neukölln vor allem durch die SPD-Bezirksbürgermeister, und diverse Tageszeitungen immer wieder als sozialer Brennpunkt und »Hochburg arabisch geprägter Clankriminalität« beschrieben. Dass rechte Terroristen nun auf die Idee kommen, diese Orte zum Ziel ihrer Anschläge zu machen, ist nicht überraschend. ●

Bafta Sarbo arbeitet zu *Marxismus und Antirassismus* und ist aktiv in der Initiative *Schwarze Menschen in Deutschland*.

Zuerst erschienen in *ak* 658/17.3.2020

»Kontrolliert wurde nach dem Motto ›Mohammed sieht aus wie Ali«

Junge Frankfurter*innen berichten über Racial Profiling und ihre Erfahrungen mit den Polizeikontrollen am Wochenende

Von Ayesha Khan

Seit dem Kontaktverbot wegen der Covid-19-Pandemie ist das Angebot an Freizeitbeschäftigungen, besonders abends, rar. In vielen Städten haben sich daher an den Sommerwochenenden Gruppen junger Menschen zum Feiern an öffentlichen Plätzen zusammengefunden.

Zuerst beklagten sich die Städte nur über zugemüllte Plätze. Doch nachdem es Ende Juni in Stuttgart und wenig später auch am Frankfurter Opernplatz zu Ausschreitungen kam, haben beide Städte an den Wochenenden sowohl die Polizeipräsenz in den Innenstädten erhöht als auch neue Bestimmungen und Regelungen beschlossen: So gilt seit Ende Juli, zunächst bis 6. September, in Frankfurt ab 0 Uhr ein sogenanntes Betretungsverbot für den Opernplatz. Ab 23 Uhr ertönt die »Allgemeinverfügung« aus den Lautsprecherwagen, Lichtmasten des Technischen Hilfswerks sind aufgestellt, grelles Scheinwerferlicht erleuchtet den Platz.

Knapp 2.000 Personen hat die Polizei am letzten Juliwochenende kontrolliert und 375 Platzverweise ausgesprochen. 23 Personen sollen vorübergehend festgenommen worden sein. Darüber hinaus sollen 21 andere Verstöße festgestellt worden sein.

Am Freitagabend sind auf dem Platz schon Aktivist*innen zu beobachten, die sich bei Polizeikontrollen dazu stellen, die Betroffenen über ihre Rechte aufklären oder sich als Zeug*innen anbieten. Später gehen der Oberbürgermeister der Stadt, Peter Feldmann (SPD), der Sicherheitsdezernent Markus Frank und der Polizeipräsident Gerhard Bereswill über den Platz. Es sind viele Kamerateams da. Kurz vor dem Betretungsverbot kommt es zu Diskussionen zwischen den Politiker*innen und Aktivist*innen. Ob Feldmann wüsste, dass keine 50 Meter weiter junge Männer Racial Profiling erfahren würden. Das sei verboten, entgegnet Feldmann, weiteres würde er gern bei einem Kaffee klären, nicht hier, nicht um diese Uhrzeit.

Das gleiche Bild bietet sich am Samstag (25. Juli), als Hunderte Men-

schen zu einer Spontandemonstration am Hauptbahnhof zusammen treffen, um gegen Racial Profiling und rechte Netzwerke bei der Polizei zu demonstrieren. Es ist fast Mitternacht, und es kommt zum Wortgefecht zwischen den Demonstrant*innen und dem Oberbürgermeister. Er beteuert, dass Frankfurt eine bunte, internationale Stadt sei, und setzt zum »Black-Lives-Matter«-Sprechchor an – doch die Demonstrierenden machen nicht mit. Sie sind wütend. Sie werden in dieser Nacht noch zwei Stunden durch die Stadt ziehen. Von der Hauptwache zur Konstablerwache, immer dorthin, von wo Berichte über Polizeikontrollen und Racial Profiling eintreffen. Sie fordern: Racial Profiling abschaffen. Öffentliche Plätze für alle freigeben. Das Betretungsverbot aufheben.

Randale, Krawalle, Partyszene

Ob auf Twitter und Instagram oder im Feuilleton: Diesen Sommer prägten Schlagworte wie »Randale«, »Krawalle« und »Partyszene« die öffentliche Debatte. Anstatt sich zu fragen, was die Pandemiesituation

mit Jugendlichen macht, die zwar Sommerferien haben, aber keine Plätze und Orte, wo sie sich frei bewegen können, werden sie stigmatisiert und kriminalisiert. In den wenigsten Berichten findet sich der Begriff »Racial Profiling«, obwohl immer mehr junge Menschen darauf aufmerksam machen, dass die Polizei sich an den besagten Wochenenden nicht deeskalierend verhalten habe.

Während die FAZ mit Artikel wie »Walla, bin ich hier bei »Wetten dass« oder was?« rassistische Narrative füttert und das Bild von bedrohlichen, nicht-integrierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund zeichnet, schaffen es die Stimmen von Betroffenen eher selten in die Zeitungen. Hier sprechen junge Frankfurter*innen über ihre Erfahrungen am Opernplatz und in der Stadt. Wie haben sie die Situation an den Wochenenden erlebt? Wie geht es ihnen heute damit?

Nasi, 19:

Diese extreme Polizeipräsenz in der Stadt soll einen ja beschützen, aber ich fühle mich nicht geschützt. Mir macht das alles Angst. Man konnte sehr gut erkennen, dass an dem Abend rund um den Opernplatz Racial Profiling betrieben wurde. Die Polizei hatte Bilder dabei, und sie hat wahllos Menschen kontrolliert, sie abgetastet oder in ihre Hosen geschaut. Mehr Polizei sorgt nicht für Sicherheit für uns, sondern nur für weiße und privilegierte Menschen. Wir haben mehrere Kontrollen beobachtet. Immer waren es migrantische junge Männer. Kontrolliert wurde nach dem Motto »Mohammed sieht aus wie Ali«.

Mahmud, 30:

Ich lebe seit 30 Jahren hier, aber anscheinend passe ich nicht in das Bild eines »echten Frankfurters«, denn das, was hier in der Innenstadt schon seit Längerem passiert, ist eine Art Einlasskontrolle für Plätze und Orte, an denen nur bestimmte Leute sein dürfen. Meine Cousins und ich, wir passen hier nicht her. Immer müssen wir uns ausweisen, uns kontrollieren und schikanieren lassen. In den Zeitungen stand ja, dass sehr wenig los war, aber wenn



Aus dem Nichts kamen zehn Polizisten auf uns zu. Wir mussten uns an ein Schaufenster stellen, Arme und Beine auseinander. Ein Polizist meinte, wir waren zu laut. Burak

schon an der Hauptwache Jugendliche kontrolliert werden und Platzverweise kassieren, ist das auch kein Wunder. Umso besser, dass am Samstagabend auch eine Demo gegen Racial Profiling und NSU 2.0 auf dem Platz war. Stellt euch mal vor, da »beschützen« Menschen den Opernplatz, die vielleicht als NSU 2.0 Morddrohungen schreiben. Darüber sollte in der Stadt mehr geredet werden.

Mira, 22:

Für mich wirkte die Polizeipräsenz sehr bedrohlich und nicht beschützend. Wieso muss ein öffentlicher Ort überhaupt vor Bürger*innen geschützt werden? Die Polizei setzt ganz klar nicht auf Deeskalation, sondern schürt vor allem emotionale Reaktionen und Angst mit ihrem Auftreten. Man musste nur wenige Meter laufen, um Racial Profiling zu beobachten. Es wurden willkürlich Platzverweise erteilt, und jungen Menschen wurde privates Eigentum konfisziert. Die Jugendlichen wussten zum Teil nicht einmal wieso. Wer kennt denn schon seine Rechte?

Ayla, 32:

Ich wohne seit einigen Jahren in Frankfurt und komme aus einer größeren Stadt. Ich hatte immer gehört, dass Frankfurt eine sehr »internationale« Stadt sei. Doch mir sind schon früh die rassistischen Kontrollen am Bahnhof und im Bahnhofsviertel aufgefallen. Wie Marginalisierte aus dem öffentlichen Raum weggedrängt werden. Alles soll steril, sauber und vor allem sehr weiß und bürgerlich sein. Gerade den Opernplatz nehme ich als einen sehr bürgerlichen Platz wahr – für die Reichen und Schönen

von Frankfurt. Da ist kein Platz für Kids aus Arbeiterfamilien. Und deshalb wird jetzt auch mehr oder weniger selektiert, wer drauf darf. Diese Entwicklungen sind mehr als besorgniserregend.

Dami, 25:

Ich habe nur negative Erfahrungen mit der Polizei und Polizeigewalt gemacht. Wenn die Polizei im öffentlichen Raum so präsent ist, empfinde ich Unsicherheit. Aber wir mussten ja trotzdem raus während Corona. Wir haben uns auch am Opernplatz getroffen. Ich kann nur sagen, dass es eine rassistische Argumentation ist, dass nur nicht-weiße Menschen für die Stimmung auf dem Opernplatz verantwortlich seien. Das stimmt einfach nicht. Wenn Alkohol im Spiel ist, werden alle laut und ausgelassener. Und trotzdem wurden wir, meine Freunde und ich, als einzige von der Polizei kontrolliert. Das macht wütend, vor allem wenn man sein ganzes Leben hier verbracht hat und trotzdem immer als Fremder gilt.

Burak, 16:

Wir waren jetzt am Samstag mit Kollegen an der Hauptwache zum Essen verabredet. Aus dem Nichts kamen mehr als zehn Polizisten auf uns zu, und wir mussten uns an die Fensterscheibe eines Ladens stellen. Arme und Beine auseinander. Ein Polizist meinte, wir waren zu laut. Aber das kann nicht sein, weil da waren hunderte Menschen, und alle waren so laut. Aber wir sind die mit den Gucci-Sachen und so. Alles wird abgetastet. Ich hab extra gesagt, dass ich nur 16 bin, musste aber voll lange da stehen. Die anderen noch länger. Einem Freund, der vom Training kam, wurden Sachen aus der Buxtasche weggenommen. Ich habe auch Videos auf Instagram gesehen, wo vier Polizisten auf einem Jungen saßen. Hier in Frankfurt. Sie sagen, es ist nicht wie in Amerika, aber es ist auch nicht besser. ●

Ayesha Khan ist Social-Media-Redakteurin, Netzaktivistin und freie Autorin.

Zuerst erschienen auf www.akweb.de am 31.7.2020

Antifa, bitte übernehmen!

Rechte Polizeinetzwerke, Drohbriefe, Naziterror:
Warum die Antifa die NSU-2.0-Ermittlungen an sich ziehen muss

Von Jan Ole Arps

Seit mehr als zwei Jahren schreiben Neonazis mit Hilfe von Informationen aus Polizeicomputern Drohbriefe, oft unter dem Titel »NSU 2.0«. Das vorläufig letzte bekannte neonazistische Drohschreiben wurde am 17. September 2020 verschickt. Die Ermittlungen verlaufen schleppend und fallen durch eine bemerkenswerte Häufung von Pannen und Versäumnissen auf. Damit erinnern sie an jene zu der Serie rechter Brandanschläge in Berlin-Neukölln. In beiden Fällen scheint die Verstrickung von Polizist*innen in rechte Umtriebe den Ermittlungseifer massiv zu dämpfen. Inzwischen gibt es sogar Hinweise auf Verbindungen zwischen beiden Komplexen.

Unter dem Label »NSU 2.0« wird meist ein Bündel neonazistischer Drohschreiben von unterschiedlichen Absendern zusammengefasst, die seit August 2018 an Personen des öffentlichen Lebens verschickt werden: Anwält*innen, Journalist*innen, Politiker*innen, mehrheitlich Frauen, ein großer Teil von ihnen mit Migrationsgeschichte. Viele enthalten Todesdrohungen inklusive detaillierter Vergewaltigungs- oder anderer Gewaltfantasien, extrem misogynen und rassistischen Beleidigungen, manche auch Geldforderungen. (1) Auch wenn die Fälle in der Öffentlichkeit oft als ein großer Komplex erscheinen, gibt es unterschiedliche Absender, und es ist von mehreren Urhebern auszugehen, die nicht zwingend alle miteinander in Verbindung stehen müssen.

Die Drohschreiben enthalten ein knappes Dutzend unterschiedlicher Signaturen: Schreiben, die mit »Die Musiker des Staatsstreichorchesters« unterzeichnet sind, werden seit April 2018 verschickt. Andere häufig verwendete Signaturen sind »NSU 2.0«, »Nationalsozialistische Offensive«, »SS-Obersturmbannführer« oder »Wolfszeit 2.0«. Seit August 2018 greifen einige Schreiben auf Informationen aus polizeilichen Datenbanken zurück, die zum Teil erst kurz vor dem Versand der Morddrohungen in hessischen – und wie Ende August bekannt wurde: auch in Berliner – Polizeirevieren abgerufen wurden. Es kann somit fast als sicher gelten, dass hessische und vermutlich auch Berliner Polizist*innen zumindest in einen Teil der Taten verwickelt sind.

Was ist bisher bekannt?

Die erste mit »NSU 2.0« unterzeichnete Todesdrohung wurde am 2. August 2018 per Fax an die Kanzlei der Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız versendet, die im Münchner NSU-Prozess Nebenklagevertreterin der Familie von Enver Şimşek war. Ihre Daten waren nur eineinhalb Stunden vor Versand des Faxes von einem Polizeirechner im 1. Revier in Frankfurt abgerufen worden.

Am 20. Dezember 2018 erhielt Başay-Yıldız den zweiten Brief, zehn weitere (meist Faxe) folgten. Das zweite Schreiben enthielt neben Drohungen auch die – im Melderegister gesperrte – Wohnanschrift von Başay-Yıldız sowie die vollen Namen ihrer Eltern und ihrer Tochter und nahm Bezug auf die zwischenzeitlich in Frankfurt entlassenen »Polizeikollegen«. Soweit bisher bekannt, wurden in zwei wei-

teren Fällen Informationen aus Polizeidatenbanken verwendet. Das betrifft die Kabarettistin Idil Baydar, deren Daten am 5. März 2019 sowohl im 4. Revier in Wiesbaden als auch in zwei Polizeirevieren in Berlin (in den Bezirken Spandau und Neukölln) abgerufen wurden, und die Daten der hessischen Linkspartei-Politikerin Janine Wissler, abgerufen im Februar 2020 im 3. Revier in Wiesbaden, kurz bevor die erste NSU-2.0-Drohmail bei Wissler einging. Idil Baydar wurde seither mehr als ein Dutzend Mal bedroht, teils per Mail, teils per SMS, fast immer unterzeichnet mit »SS Obersturmbannführer«. Baydar hatte schon vor Bekanntwerden der Berliner Datenabfragen den Verdacht geäußert, dass der Urheber der Drohschreiben aus Berlin sein könne, weil der erste Brief eine Anspielung auf ein Plakat enthalten habe, das zu dem Zeitpunkt in Berlin hing.

Janine Wissler erhielt die ersten Drohmails im Februar 2020. In ihnen erweckt der Verfasser den Eindruck, selbst Polizist zu sein. Laut Berichten der Frankfurter Rundschau »spricht er von angeblich innerdienstlichen Erkenntnissen und beschimpft eine Gruppe von Beamten, die sich in einer internen Aufklärungsgruppe mit rechtsextremen Vorfällen bei der hessischen Polizei befassen« (fr.de, 27.7.2020)

Der Fall Wissler, der im Juli bekannt wurde, hatte den Rücktritt von Landespolizeipräsident Udo Münch zur Folge, der im März über die Datenabfrage bei Janine Wissler informiert worden war, diese Information aber nicht ans Innenministerium des Landes weitergegeben hatte. In Frankfurt wurde daraufhin ein Sonderermittler eingesetzt.

Neben den drei Frauen, bei denen der oder die Verfasser auf Daten aus dem Polizeicomputer zurückgriff(en), sind noch Dutzende weitere Drohschreiben an Anwält*innen, Politiker*innen, Journalist*innen und andere Personen des öffentlichen Lebens verschickt worden. Viele Mails gingen in Kopie an Parteien, Medien oder Initiativen, die Opfer der NSU-Morde unterstützen.

Besonders brisant sind neben den Schreiben an Seda Başay-Yıldız, Idil Baydar und Janine Wissler die Drohmails an Anne Helm, die seit 5. Juli 2020 »alle paar Nächte« (so Helm in einem am 1. August erschienenen taz-Interview) eingehen. Der Verfasser lässt eine regelrechte Obsession für Helm erkennen und kommentiert Äußerungen der Politikerin mitunter schon in derselben Nacht.

Anne Helm ist Fraktionschefin der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus und lebt im Bezirk Neukölln. Ein oder mehrere Schreiben an sie enthalten Informationen, die laut Helm nur durch Beobachtung ihres Wohnumfelds gewonnen werden konnten. Anne Helm äußerte den Verdacht, dass das Neuköllner Neonazinetzwerk, das für die Anschlagsserie im Stadtteil verantwortlich ist, die Daten ausgespäht und weitergegeben haben könnte. Helm war in der Vergangenheit mehrfach von Nazis aus Neukölln beobachtet und verfolgt worden; seit 2011 taucht ihr Name auf Listen der rechten Szene auf.

Was ergaben die Ermittlungen?

Die Ermittlungsergebnisse sind bislang dürftig. Am meisten ist noch im Fall der Drohschreiben an die Anwältin Seda Başay-Yıldız geschehen. Nach den ersten Faxen waren sechs hessische Polizeibeamt*innen ins Visier der Ermittlungen geraten. Eine Mitarbeiterin des 1. Frankfurter Reviers, Miriam D., war zum Zeitpunkt der Datenabfrage in den betreffenden Rechner eingeloggt, bestreitet aber, die Abfrage getätigt zu haben. Es sei üblich, dass ein*e Polizist*in sich im System anmelde und eingeloggt bleibe, während andere Beamt*innen den Rechner nutzten.



Erfahrungen zeigen, dass man bei der Aufklärung von rechtem Terror keine Hoffnung in die Polizei setzen kann.

Auf dem Telefon von D. stießen die Ermittler*innen auf eine WhatsApp-Chatgruppe namens »Itiot«, in der Miriam D., vier weitere Polizisten des 1. Reviers, ein Polizist aus Marburg und eine weitere Person Nazisymbole und rassistische Nachrichten austauschten. Ende Oktober und Anfang Dezember 2018 wurden die Wohnungen der Polizisten in Darmstadt, Frankfurt, Kirtorf und Wetter (alles Hessen) durchsucht, kurz darauf die eines weiteren Beamten aus Kirtorf; er ist der Bruder des ersten Kirtorfer Verdächtigen. Bei ihm fand man Nazidevotionalien und mehrere Waffen. Die sechs Polizist*innen, alle um die 30 Jahre alt, wurden vom Dienst suspendiert, Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Bislang konnte ihnen eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden; Angaben zu den Vorwürfen machten sie keine. Die Drohschreiben an Başay-Yıldız gingen nach der Suspendierung der Beamt*innen weiter, erneut gestützt auf Informationen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Polizeicomputern stammen. Auch in einer Drohserie an die taz, die seit 2018 läuft, wurden im Sommer 2020 Hinweise auf eine neue, öffentlich nicht bekannte Adresse von Başay-Yıldız eingeflochten.

Im März 2019 gab es eine weitere Durchsuchung bei einem Polizisten aus Alsfeld (Hessen), im Februar 2020 bei drei Polizisten aus Frankfurt und einem Beamten in Berlin, der kurz zuvor von Hessen nach Berlin gezogen war. Darüber, wo der Mann in Hessen zuvor eingesetzt war, sagte die Staatsanwaltschaft nichts.

Mittlerweile sind die Ermittlungen gegen alle bis auf einen Polizisten aus dem 1. Frankfurter Revier eingestellt: Der 31-Jährige, der in Frankfurt lebt und auch ein Haus in Kirtorf besitzt, wurde im Juni 2019 vorläufig festgenommen, aber wie-

der freigelassen. Sein Name ist laut einer Anfang September 2020 veröffentlichten taz-Recherche Johannes S., er gilt als der wahrscheinliche Absender der NSU-2.0-Faxe an Seda Başay-Yıldız. Ob er auch für die Drohmails verantwortlich ist, ließ sich, wie die taz berichtet, nicht erörtern. Diese werden meist über einen russischen Mailanbieter mit der Endung @yandex.com verschickt und können nicht zurückverfolgt werden. Gegen vier Polizisten aus Kirtorf und dem benachbarten Romrod wird zudem wegen Volksverhetzung und Verwendung verfassungswidriger Symbole weiter ermittelt.

Deutlich weniger Engagement zeigten die Ermittler*innen im Fall von Janine Wissler. Der Beamte, mit dessen Kennung die Daten im Februar dieses Jahres im 3. Revier in Wiesbaden abgerufen worden waren, bestreitet, etwas damit zu tun zu haben. Das reichte den Ermittler*innen. Nicht einmal sein Telefon wurde überprüft.

Ähnlich im Fall von Idil Baydar. Dass die Daten der Kabarettistin im 4. Revier in Wiesbaden abgefragt wurden, ist laut dem hessischen Innenministerium seit Oktober 2019 bekannt. Allerdings wurden die Beamt*innen, die damals Dienst hatten, erst im Juni 2020 befragt. Mittlerweile wird der Polizist, der bei der Abfrage eingeloggt war, als Zeuge geführt – nicht als Verdächtiger. Auch er gibt an, nichts mit der Abfrage zu tun zu haben, auch bei ihm gaben sich die Ermittler*innen mit der Aussage zufrieden.

Im Zuge der Ermittlungen sind zahlreiche weitere Neonazi-Äußerungen und rassistische sowie kinderpornografische Delikte hessischer Polizist*innen ans Licht gekommen, auch eine weitere Datenabfrage eines Polizisten mit Bezug zur Naziszene. Mindestens ein Dutzend Beamt*innen sind noch vom Dienst suspendiert.

Ermittelt wurde bisher der mutmaßliche Verfasser einer anderen Serie von Drohschreiben, André M. aus Halstenbek bei Hamburg. André M. verschickte vermutlich von Oktober 2018 bis zu seiner Festnahme im April 2019 Drohmails, darunter 87 Bombendrohungen an

öffentliche Einrichtungen. M. verwendete dabei meist das Pseudonym »Nationalsozialistische Offensive«, soll aber auch Mails als »Staatsstreicherorchester« verfasst haben. Nach seiner Verhaftung gingen die »Staatsstreicherorchester«-Drohungen weiter.

Seit April dieses Jahres steht der 33-Jährige in Berlin vor Gericht. Wenige Minuten vor Prozessbeginn ging ein Fax mit einer Bombendrohung im Gericht ein. Kurz zuvor hatte auch die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Martina Renner, die Nebenklägerin im Prozess gegen M. ist, Morddrohungen per Mail erhalten, einige Wochen später die zuständige Staatsanwältin und die Ermittlerin im Berliner LKA. Beide Mails enthalten Details zum Prozess gegen M. und Justizjargon, was zu Vermutungen Anlass gibt, der Verfasser könne aus Kreisen der (Berliner) Justiz oder Polizei kommen.

Was weiß man über die Absender?

Nach wie vor ist nicht klar, wie groß der Kreis der Verfasser ist. Außer André M., der vor allem für die mit »Nationalsozialistische Offensive« gekennzeichneten Mails und einige Schreiben des »Staatsstreicherorchesters« verantwortlich gemacht wird, gibt es noch mindestens eine weitere Person, die häufig als »Staatsstreicherorchester« schreibt.

Dieser Verfasser ist mutmaßlich auch Autor mehrerer mit »NSU 2.0« und eventuell der mit »Wolfszeit 2.0« unterzeichneten Schreiben und könnte auch einen Teil der übrigen Drohungen verfasst haben. Dafür sprechen unter anderem der prahlerische Ton, Rechtschreibung und Ausdrucksweise, die detaillierten Gewaltfantasien und die Angezogenheit, stets eine Reihe weiterer Empfänger (Medien, Parteien etc.) in CC zu setzen. Auch fordern mehrere Nachrichten von »Staatsstreicherorchester« und »NSU 2.0« große Summen in Bitcoin als, Lösegeld, damit die bedrohten Adressat*innen nicht ermordet werden. »Staatsstreicherorchester« hat zudem eine Art Online-Shop im Darknet aufgesetzt, in dem er Kopfgelder für die Ermordung mehrerer »migrationsfreundlicher« Personen auslobt.

Der Verfasser sieht sich selbst als eine Art Internetgenie, dem niemand je auf die Schliche kommen wird. In einer seiner Mails äußert er sich abfällig über die Dummheit der »Frankfurter«, die nicht gewusst hätten, dass ihre Datenabfragen gespeichert werden. Die Eitelkeit des Verfassers, der gern mit seinem technischen Knowhow angibt, wirkt authentisch. Vermutlich ist er nicht mit der Person identisch, die die Daten in Frankfurt abgefragt hat.

Tatsächlich sind die Drohschreiben auch wegen des Einsatzes von Tor-Verschlüsselung und der Nutzung von Maildiensten im Ausland schwer zurückzuerfolgen. Der Hauptautor des »Staatsstreicherorchesters« verwendet gern eine Absendermailadresse (@nuke.africa) des in Bukarest ansässigen Email-Anbieters cock.li. Über diesen Betreiber versorgen sich Hunderte Hitlerfans und andere Rechte mit passenden Mailendungen; auch andere Drohmails kommen von cock.li-Adressen. (2) Für die NSU-2.0-Mails werden vor allem Adressen des russischen Anbieters Yandex.com verwendet.

Stecken also – abgesehen von André M. – einer oder mehrere Urheber hinter den neonazistischen Drohmails? Die Zeit-Redakteure Holger Stark und Fritz Zimmermann haben diese Frage an den Absender jener Yandex-Mail geschickt, über die zahlreiche NSU-2.0-Schreiben verschickt wurden. Der Verfasser antwortete: »Wir sind ein lockerer Zusammenschluss heimattreuer Elitekämpfer, die sich nur im Netz unter Pseudonym treffen.« (zitiert aus dem Artikel »Hass 2.0« in Die Zeit Nr. 32/2020 vom 30.7.2020, auch online verfügbar) Man kenne einander nicht persönlich, er wisse selbst nicht genau, wie viele Personen hinter den Mails stünden. Listen mit Informationen über die

Empfänger*innen der Schreiben würden untereinander ausgetauscht. Ob das der Wahrheit entspricht, ist nicht klar.

Verbindung nach Berlin?

Neben diesem Absender, der bis zu dessen Festnahme offenbar auch in Kontakt mit André M. stand, muss derzeit davon ausgegangen werden, dass mindestens noch eine weitere Person – aus hessischen Polizeikreisen –, eventuell mehr beteiligt sind. Manches deutet zudem darauf hin, dass es auch aus Berliner Polizei- oder Justizkreisen Zuträger zu den Neonazi-Mails geben könnte. Hinweise sind etwa der Umzug eines verdächtigen Polizisten von Hessen nach Berlin oder die mit Justizjargon gespickten Drohmails rund um den Prozess gegen André M.

Angesichts des notorisch rechtslastigen Polizei- und Justizapparats der Hauptstadt wäre das keine Überraschung. Seit Jahren gibt es rechte Vorfälle in den Reihen der Berliner Polizei. Das LKA legt zudem eine erstaunliche Inkompetenz an den Tag beim Versuch, eine Serie neonazistischer Anschläge im Bezirk Neukölln aufzuklären. Und das, obwohl die mutmaßlichen Verantwortlichen, die Neuköllner Neonazis Sebastian Thom und Tilo Paulenz, seit Jahren bekannt sind.

Die Liste der Ermittlungspannen und Verstrickungen ist inzwischen so lang, dass es schwer fällt, den Überblick zu behalten: 2018 wurde der Brandanschlag auf den Neuköllner Linksparteipolitiker Ferat Kocak nicht verhindert, obwohl die Neonazis Thom und Paulenz von Mitarbeiter*innen des Berliner Verfassungsschutzes zwei Wochen vor dem Anschlag dabei beobachtet worden waren, wie sie Kocaks Wohnadresse auskundschafteten.

Wenige Wochen später observierten Verfassungsschützer*innen Thom erneut, in der Kneipe Ostburger Eck in Neukölln-Rudow. Dabei stellten sie zu ihrer Verwunderung fest, dass sich der Berliner LKA-Polizist W. zu Thom an den Tisch setzte. Ermittlungen gegen W. wegen des Treffens wurden eingestellt mit der Erklärung, die Verfassungsschützer*innen hätten ihn wohl verwechselt.



Mitte August machte die Berliner Datenschutzbeauftragte bekannt, dass Polizist*innen unerlaubt Daten von zwei Betroffenen der Neukölln-Anschlagsserie abgefragt hatten.

Anfang August dieses Jahres wurden dann zwei Staatsanwälte, darunter der als rechter Hardliner bekannte Leiter der Abteilung Staatsschutz, Matthias Fenner, und der mit den Neukölln-Ermittlungen betraute S. strafversetzt, weil Fenner dem Hauptverdächtigen Tilo Paulenz gegenüber Sympathien bekundet habe, wie dieser im Chat an einen Freund schrieb. Der Chat war abgehört worden, ein Eintrag dazu landete in den Akten. Staatsanwalt S. wiederum hatte den Eintrag gelesen, ihn aber nicht gemeldet.

Nur eine Woche später machte die Plattform Recherche030 bekannt, dass der Polizist Stephan Kollmann 2017 an einem rassistischen Angriff auf einen Mann aus Afghanistan beteiligt war. Kollmann gehörte jahrelang zur »Ermittlungsgruppe rechts«, bis diese 2016 aufgelöst wurde, und war in dieser Funktion auch Ansprechpartner für Opfer rechter Gewalt und in die Ermittlungen zu Naziaktivitäten in Neukölln eingebunden.

Mitte August machte die Berliner Datenschutzbeauftragte Maja Smoltczyk öffentlich, dass Berliner Polizist*innen unerlaubt Daten von mindestens zwei Betroffenen der Neukölln-Anschlagserie abgefragt hatten. Smoltczyk kritisiert, dass sich die Berliner Polizei hartnäckig weigert, die Datenabfragen aufzuklären.

Und dann ist da noch Detlef Moritz. Detlef Moritz ist jener Polizist, der kurz nach dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz 2016 polizeiliche Informationen zum Anschlag in eine Chatgruppe der Neuköllner AfD postete. (3) In jener Chatgruppe war auch Tilo Paulenz, der sich mehrere Jahre gemeinsam mit Moritz im Neuköllner AfD-Kreisverband engagierte. Detlef Moritz arbeitet seit 1992 im Polizeiabschnitt 65, der zwar zum Bezirk Treptow-Köpenick gehört, »aber direkt an den Süden Neuköllns angrenzt, wo die Neuköllner AfD ihre Basis hat und wo sich ein Großteil der rechtsterroristischen Anschläge ereignete«, wie die taz schreibt (taz.de, 6.6.2020).

Vor diesem Hintergrund können die mutmaßlich ausgekundschafteten Informationen, die in den »NSU 2.0«-Drohungen gegen Anne Helm

auftauchen, zwar nach wie vor als Hinweis auf eine Verstrickung der Neuköllner Naziszene interpretiert werden. Ebenso denkbar ist aber, dass eine Person in den Sicherheitsbehörden diese Informationen beschafft hat.

Antifa, bitte übernehmen!

Angesichts der in den letzten Jahren bekannt gewordenen Preppernetzwerke und Schattenarmee-Keimzellen, die sich mit Todeslisten, Waffenlagern, Munitionsdepots und Leichensäcken auf einen »Tag-X« vorbereiten und in die bundesweit Dutzende Soldaten, Reservisten, und SEK-Polizisten involviert sind, sind solche Entwicklungen mehr als nur ein bisschen beunruhigend. Hier formieren sich Milieus, aus denen rechte Kräfte in Krisenzeiten Killerkommandos rekrutieren oder deren Mitglieder eines Tages auf eigene Faust losschlagen können.

Da den Ermittlungen der Polizei nicht getraut werden kann, ist mal wieder die antifaschistische Selbsthilfe gefragt. An vielen Orten haben Journalist*innen, antifaschistische Initiativen und Einzelpersonen bereits Material zu den Fällen zusammengetragen. Vielleicht ist es an der Zeit, eigene (migr)antifaschistische Ermittlungen ins Leben zu rufen, Erkenntnisse zu bündeln und Ermittlungshypothesen gezielt zu verfolgen. Die Oury-Jalloh-Initiative, die komplett auf sich allein gestellt die Ermittlungen zum Polizeimord an Oury Jalloh in Dessau vorangetrieben hat, ist ein Beispiel dafür, was selbstorganisierte Ermittlungen erreichen können. Erfolgsversprechender, als die Ermittlungen bei der Polizei zu belassen, ist dieser Ansatz allemal. Antifa, bitte übernehmen! ●

Eine frühere Fassung des Artikels erschien in ak 662/18.8.2020.

Der Text wurde Ende Oktober für das Sonderheft aktualisiert.

Anmerkungen:

- 1) Eine gründliche und ständig aktualisierte Übersicht zu den Drohbriefkomplexen bietet der Wikipedia-Eintrag zu »NSU 2.0«.
- 2) Cock.li-Betreiber Vincent Canfield war bis zu seinem Ausschluss Ende 2019 regelmäßiger Besucher des Chaos Communications Congress.
- 3) Von wo sie möglicherweise den Weg zu Pegida-Gründer Lutz Bachmann fanden, der nur zwei Stunden nach dem Anschlag twitterte: »Interne Infos aus Berliner Polizeiführung: Täter tunesischer Moslem«.

Vorbereitung auf den Bürgerkrieg: Prepper-Bullen

Etwa 50.000 Schuss Munition wurden bei der Prepper-Gruppe »Nordkreuz« gefunden, einem Zusammenschluss, der mit »Südkreuz« und »Westkreuz« Teil des größeren »Hannibal«-Netzwerks gewesen sein soll. Nordkreuz existierte seit 2015/2016, seit 2016 wurde die Gruppe vom Verfassungsschutz beobachtet, unter dessen Augen sie Waffen, Munition, Lebensmitteln und Stromaggregate sammelte und auch Hunderte Leichensäcke sowie Löschkalk bestellte. Mehrere tausend Schuss der gesammelten Munition stammten

aus Polizeibeständen verschiedener Bundesländer. Wie sie in die Hände von Nordkreuz gelangten, ist bis heute ungeklärt, allerdings sind auch Polizisten Mitglied von Nordkreuz (gewesen). Prepper, so nennt man Menschen, die für einen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung vorsorgen und sich – wie im Fall von Nordkreuz – mitunter auch für einen Bürgerkrieg bewaffnen. Seitdem eine Recherche der taz vor etwa zwei Jahren das »Hannibal«-Netzwerk aufdeckte, mehren sich Meldungen über verschwundene Munition und Waffen. »Hannibal«

umfasste (oder umfasst, denn offenbar haben sich Teile des Verbundes reorganisiert) nicht nur Polizist*innen, sondern auch SEK-Angehörige, Richter, Verfassungsschutzmitarbeiter*innen, aktive sowie ehemalige Soldat*innen. In den vom namensgebenden »Hannibal« (es handelt sich dabei um den Bundeswehroffizier André Schmitt) koordinierten Chatgruppen wurde sich auf einen »Tag X«, den Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und einen Umsturz, vorbereitet – unter anderem auf Massentötungen unliebsamer Politiker*innen. ●

Merkwürdige Zufälle in Baden-Württemberg

Im Sommer 2012 wurde bekannt, dass zwei Polizisten aus Schwäbisch Hall, Timo H. und Jörg W., zehn Jahre zuvor zeitweilig Mitglieder des Ku-Klux-Klans (KKK) gewesen waren. Die Beamten hatten dafür im Jahr 2004 Disziplinarstrafen erhalten, beide blieben im Dienst. Im Zuge der parlamentarischen Aufarbeitung kam heraus, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg seinerzeit eine Abhöraktion des Bundes-VS an den Schwäbisch Haller Ku-Klux-Klan-Anführer Achim Schmid (seinerseits V-Mann des Landes-VS) verraten hatte.

Schmid prahlte später, zwischen zehn und 20 Polizeibeamt*innen hätten sich Anfang der 2000er um Aufnahme in den Klan bemüht. Timo H., einer der im KKK aktiven Beamten, war auch ein Kollege von Michèle Kiesewetter, jener Polizistin, die im April 2007 in Heilbronn

vom NSU ermordet wurde – H. war an diesem Tag ihr Gruppenführer. Zwar ist bis dato kein Zusammenhang ermittelt worden, allerdings stieß die Süddeutsche Zeitung 2012 auf einen weiteren »merkwürdigen Zufall«: Im Bundesamt für Verfassungsschutz wurden Akten über die Abhöraktion beim Ku-Klux-Klan noch nach Aufliegen des NSU – angeblich routinemäßig – geschreddert. Im Zusammenhang mit den taz-Recherchen über den Verein Uniter wurde der Fall dann noch einmal in Erinnerung gerufen.

Bei Uniter e.V. vernetzen sich Soldat*innen, Polizist*innen, Behördenmitarbeiter*innen und Sicherheitsdienstleister. Die taz veröffentlichte mehrere Recherchen, die ein vom Gründer des Vereins, André Schmitt (»Hannibal«), administriertes und inzwischen gelöscht Chat-Netzwerk bekannt machten, in dem sich eine noch unbekannt Zahl von

Menschen mit Umsturzplänen beschäftigte. (Siehe Kasten oben)

Ein Schwerpunkt des Prepper-Netzwerks lag in Baden-Württemberg: André Schmitt, ehemaliger Angehöriger des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr in Calw hatte dort den Verein Uniter gegründet. Im März 2019 berichtete die taz, ein Mitarbeiter des baden-württembergischen Verfassungsschutzes namens Ringo M. sei bis Anfang 2017 Vorstandsmitglied bei Uniter e.V. gewesen; er habe den Verein zuvor sogar mitgegründet. Vor seiner Karriere beim Verfassungsschutz war Ringo M. Polizist in Stuttgart, 2005 Mitglied einer neuen Einheit der Bereitschaftspolizei in Böblingen: der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit BFE 523. Die BFE 523 ist jene Einheit, zu der auch der Ex-Ku-Klux-Klan-Polizist Timo H. und Michèle Kiesewetter gehörten. ●

Was macht uns sicher?

Die Polizei jedenfalls nicht – der Transformative-Justice-Ansatz

Von Melanie Brazzell

Sun-Hi wird von ihrem Ehemann Cho misshandelt, der ein anerkannter Anwalt in der Koreanisch-Amerikanischen Gemeinde ist. Während eines Streits rufen ihre Kinder die Polizei. Doch Cho, der Sun-Hi mit seinen Englischkenntnissen überlegen ist, überzeugt die Beamt*innen, dass seine Ehefrau ihn angegriffen habe. Nachdem Sun-Hi festgenommen worden ist, reicht Cho die Scheidung ein und erstreitet das alleinige Sorgerecht. Sun-Hi hingegen ist mit Obdachlosigkeit und Abschiebung konfrontiert. Diane, eine junge Frau of Color, aktiv in lokalen politischen Projekten, freundet sich mit Tom an, einem weißen Community Organizer. Obwohl Diane von Anfang an klarstellt, dass sie kein Interesse an einer sexuellen Beziehung hat, bringt Tom sie in unerwünschte sexuelle Situationen, die sie als Vergewaltigungen wertet. Aber Diane ruft nicht die Polizei. Sie kennt die verheerenden Auswirkungen der Staatsgewalt auf ihre Gemeinde nur allzu gut und denkt nicht, dass eine Verhaftung von Tom echte Gerechtigkeit oder Heilung bringen würde.

Für viele Trans- und Cis-Frauen, die Beziehungsgewalt, Diskriminierung auf der Arbeit oder Belästigungen auf der Straße erleben, sind Polizei und Justiz keine sicheren Institutionen. Vielmehr bedeuten sie meist weitere Gewalt, oder schlimmer noch: kriminalisieren Frauen als Täterinnen.

Während das bisschen Sozialstaat in den USA zerfällt, übernimmt der strafende Staat das Zepter. Er antwortet seit den 1970ern auf soziale Probleme wie Armut immer mehr mit harten Law-and-Order-Strategien, installiert Systeme rassifizierter Überwachung und Kriminalisierung und beschränkt die Bewegungsfreiheit. Nicht umsonst setzt sich die Black-Lives-Matter-Bewegung für die Abschaffung von Polizei und Gefängnissen ein. (ak 619) Kein Land der Welt inhaftiert prozentual einen so großen Teil der eigenen Bevölkerung. Dieses System kann nicht die Antwort auf zwischenmenschliche und staatliche Gewalt sein.

Der feministische Ruf nach Strafen und Gefängnissen

Nichtsdestotrotz haben sich seit den 1970ern viele Mainstreamfeministinnen und auch vermehrt LGBTQ-

Organisationen (1) in den USA dem Staat zugewendet und von ihm den Schutz von Frauen und Queers gefordert. Sie kollaborieren oft mit Polizei und Justiz, etwa um einstweilige Verfügungen gegen Gewalttäter zu erreichen. Doch dies hat einen bitteren Beigeschmack, fördert es doch gleichzeitig Masseninhaftierung. Dieses Phänomen wird als »Carceral Feminism« – strafender Feminismus – bezeichnet. Es geht Hand in Hand mit der moralisierten Panikmache einiger Politiker*innen, die sexualisierte Gewalt und Menschenhandel zum Anlass nehmen, den strafenden Staat weiter auszubauen. (2)

Deutschland ist weit von der US-amerikanischen Praxis der Masseninhaftierung entfernt, dennoch sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Der Wohlfahrtsstaat wird seit Jahren zurechtgestutzt (einschneidend durch die Hartz-IV-Reformen); in Europa hat Deutschland die Prämisse der Austeritätspolitik verankert; auf den »Sommer der Migration« folgten Gesetzesverschärfungen.

Auch feministische und queere Sicherheitsbedenken müssen für die Aufrüstung des EU-Grenzregimes und rassistische Überwachungsstrategien herhalten. Auf das

mediale Ausschichten der sexualisierten Gewalttaten in der Kölner Silvesternacht folgte die Debatte um »sichere Herkunftsländer« und schnellere Abschiebungen. Plötzlich wurden Reformen von Sexualstrafgesetzen (»Nein heißt nein«) zur höchsten Priorität konservativer Politiker*innen. Ihr Interesse für die Betroffenen sexualisierter Gewalt wurde freilich erst geweckt, als es sich bei den Tätern um Männer of Color handelte. Zeitgleich wurde ein neues Prostituiertenschutzgesetz erlassen, das vorgibt, Sexarbeiter*innen besser zu schützen, ihnen aber Registrierungs- und Ausweispflichten auferlegt und so migrantische Sexarbeiter*innen, die sich nicht registrieren lassen können, weiter in Schutzlosigkeit und Illegalität drängt.

Der feministische und queere Ruf nach dem strafenden Staat homogenisiert verschiedene Gruppen und spielt ihre unterschiedlichen Bedürfnisse gegeneinander aus – eine klassische »Teile-und-Herrsche«-Politik. Es ist daher kein Zufall, dass in den USA Queers, Trans und Frauen of Color die ersten waren, die dieses Vorgehen kritisiert und sich auf die Suche nach Alternativen zu Polizei und Gefängnissen gemacht haben. Gerade sie wiesen auf die blinden Flecken der Mainstream-Anti-Gewalt-Organisationen einerseits, die nur Beziehungsgewalt thematisierten und staatliche Gewalt verschwiegen, und der Initiativen gegen Staatsgewalt andererseits hin, die keine Antworten auf Beziehungsgewalt liefern konnten.

Community-basierte und transformative Lösungen

Aus ihrer Theorie und Praxis ist in den letzten 20 Jahren eine Bewegung erwachsen, die Alternativen entwickelt hat, um mit sexualisierter und zwischenmenschlicher Gewalt umzugehen. Sie gruppiert sich um die Begriffe »Community Accountability« (übersetzt etwa: gemeinschaftliche Verantwortung) und »Transformative Justice« (auf Verhaltensänderung zielende Gerechtigkeit). INCITE! (www.incite-national.org), ein Netzwerk radikaler Feminist*innen of Color, das eine Vorreiterrolle in dieser Bewe-

gung innehat, beschreibt die vier Grundpfeiler so: a) kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für Betroffene; b) Verantwortung und Verhaltensänderung des Täters; c) Entwicklung der Gemeinde hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind; d) strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen.

Das Konzept zielt auf eine neue Vorstellung von Gerechtigkeit und Sicherheit. Die Verantwortung für Gewalt wird nicht als individuelle, sondern als kollektive Aufgabe betrachtet. Daraus folgt, dass der gewaltausübenden Person Möglichkeiten zur Verhaltensänderung angeboten werden, anstatt sie zu bestrafen und auszustoßen. Gleichzeitig wird die Gemeinde mobilisiert, um die von Gewalt betroffene Person zu unterstützen.

Wie sehen solche Experimente in der Praxis aus? Schauen wir uns nochmal Sun-His Geschichte an. (3) Sun-Hi kontaktierte MataHari, eine in Boston ansässige Organisation für soziale Gerechtigkeit. MataHari stellte ein Solidaritätsteam aus anderen koreanischen und weißen Müttern aus Sun-His Gemeinde zusammen. Das Team leistete emotionale Unterstützung und begleitete Sun-Hi durch das Gerichtsverfahren, wo Cho klarmachte, dass die Gemeinde sein Verhalten nicht akzeptierte. Die Frauen boten Sun-Hi Rechtshilfe an und pflegten Kontakt zu ihren Kindern.

Für Betroffene: ein neues Verständnis von Sicherheit

Während professionelle Beratungsstellen oft lediglich individuelle Lösungen anbieten, haben Gemeinden den Vorteil, kollektive und alltägliche Unterstützung organisieren zu können. So bleibt keine betroffene Person allein, und es wird deutlich, dass Gewalt alle betrifft, wenn auch auf verschiedene Weise.

Die Logik von Gefängnissen verkauft uns Sicherheit als Verwahrung der Gefahr (hinter Grenzen, Mauern und in Gefängnissen), oder sie isoliert die Gefährdeten (z.B. in Frauenhäusern).

In linken Kontexten wird häufig von »Schutzräumen« fantasiert, in

denen niemals etwas Schlimmes geschieht. Aber wie wäre es, wenn wir Ansätze entwickelten, die sich der Realität der Gewalt stellen und auf ihre Veränderung abzielen, statt zu versuchen, ihr aus dem Weg zu gehen? Transformative-Justice-Ansätze helfen Betroffenen, sich gemeinsam mit Verbündeten die eigene Selbstbestimmung zurückzuerobieren (statt als Machtlose Schutz von außen zu suchen). Sicherheit verstehen sie als eine Art Werkzeugkasten, nicht als geschlossenen Raum. In Deutschland ist LesMigras eine der Schlüsselorganisationen für die Community-basierte Unterstützung Betroffener. (4)

Transformation statt Bestrafung

In manchen Prozessen ist die gewaltausübende Person beteiligt, weil entweder die betroffene Person dies wünscht oder weil der Täter die Bereitschaft hierzu zeigt. Dieser Aspekt von Transformative Justice ist besonders kontrovers. Für viele ist Rache die erste, intuitive Reaktion auf ein Gewalterlebnis, und oft fehlen die Möglichkeiten, Gewalt ausübende Personen erfolgreich zur Verantwortung zu ziehen. Von welcher Verantwortung sprechen wir also, und wie kann diese erfolgreich übernommen werden?

Die Initiative Creative Interventions definiert dies so: Gewalt beenden, Gewalt und ihre Konsequenzen ohne Wenn und Aber anerkennen, Entschädigung, das Verändern von schädigenden Einstellungen und Verhaltensweisen, so dass Gewalt nicht wiederholt wird, und auch die Entwicklung der Gemeinde. Während die Gefängnislogik ein paar »faule Äpfel« isoliert, erkennt der transformative Ansatz Gewalt als systematisches Problem an, das oft von Personen verübt wird, die selbst Isolation, Gewalt oder persönliche Brüche erlebt haben. (Dies bietet eine Erklärung, aber keine Entschuldigung für Gewalt.) Aber der Ausschluss eines Gewalttäters ändert nichts an den systemischen Wurzeln von Gewalt. Soziale Beziehungen sind ein Teil der Lösung: Beziehungen, die eine kritische Auseinandersetzung fordern und fördern.

Diane, die Protagonistin der zweiten Geschichte, hat ihre Freund*innen um Unterstützung gebeten und das Chrysalis Kollektiv gegründet. Sie und ihre Freund*innen formten ein Unterstützungsteam und riefen andere dazu auf, ein Accountability Team für Tom zu gründen. In diesem Prozess erkannte er die Gewalt an, die er Diane angetan hatte. Er begann, ihre Grenzen zu respektieren, lernte über Rape Culture (Vergewaltigungskultur; ak 612), sexualisierte Gewalt und Privilegien und darüber, wie sich all dies in seinem Verhalten niederschlug. Sein Team half ihm letztlich dabei, den Schaden, den er Diane angetan hatte, wiedergutzumachen.

Andere Gruppen (Philly Stands Up, Support New York) haben ähnliche Modelle entwickelt, und auch in Deutschland gibt es sporadisch Versuche, »transformativ« mit Tätern zu arbeiten – mit gemischtem Erfolg. Der Initiative Creative Interventions zufolge ist es wichtig, bei dieser Arbeit »flexibel genug« zu sein, um Vermeidungs- und Verdrängungsreaktionen als Teil des Prozesses zu begreifen, und »stark genug«, solchen Reaktionen standzuhalten – oder zu wissen, wann es Zeit ist, einen solchen Prozess abzubrechen und zu anderen Schutzstrategien zu greifen.

Verantwortung aller statt individualisierter Schuld

Um dies zu veranschaulichen beziehe ich mich auf ein Beispiel einer in Seattle ansässigen Gruppe von Frauen of Color namens Communities Against Rape and Abuse (CARA). (6) Marisol ist in der Gruppe Unido aktiv, einer US-weiten Chicanx Organisation. (7) Während einer Konferenz ihrer Organisation wird sie von einem anderen Mitglied namens Juan sexuell angegriffen. Als Marisol dies einem dritten Unido-Mitglied erzählt, erfährt sie, dass Juan in der Vergangenheit bereits mehrfach Frauen angegriffen hat – und das, obwohl andere Unido-Mitglieder ihn mit diesen Taten konfrontierten. Schnell wurde klar, dass die Organisation nicht genug dafür getan hatte, eine sichere Umgebung ohne sexualisierte Gewalt zu schaffen. Die Frauen in der Organisation kamen zusammen

und formulierten Forderungen: Juan muss Verantwortung übernehmen, und er muss von seinen Führungspositionen in Unido zurücktreten. Außerdem wurde Unido angehalten, ein Bildungsprogramm über sexualisierte Gewalt zu erstellen. Seither organisiert Unido Trainings über sexualisierte Gewalt und die Verflechtung mit ihren Kämpfen als Chicanos und Mexikaner*innen.

Auch in Berlin können wir diese Ansätze beobachten, wenn »Awareness Teams« oder »Safer Space Regeln« aufgestellt werden. LesMigras unterstreicht in ihrer Arbeit, dass zuerst verantwortungsbewusste Gemeinden gebildet werden müssen. Wenn wir daran arbeiten, ehrliche und stabile Beziehungen und einem Sinn für die Community mit gemeinsamen Werten und Visionen zu schaffen, sind wir für den Umgang mit Gewalt besser gerüstet – und müssen uns bei erlebter Gewalt nicht mehr auf den Staat verlassen. ●

Melanie Brazzell ist Mitbegründerin des Transformative Justice Kollektiv Berlin, das am 26. November mit einem neuen Zine auf der Berliner Buchmesse Queeres Verlegen vertreten ist. transformativejustice.eu

Zuerst erschienen in ak 661/
16.6.2020

Übersetzung: Nadija Samour

Anmerkungen:

- 1) LGBTQ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender & Queer.
- 2) In den USA beinhalten diese Gesetze Register für Sexualstraftäter, die die öffentliche Überwachung und Kontrolle von Menschen erlaubt, die »Sexualstraftaten« begangen haben (darunter fällt z.B. auch öffentliches Urinieren, eine Tat die oft von Obdachlosen begangen wird). Die Gesetze zum Schutze von Opfern von Menschenhandel beinhalten oft eine weitere Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen.
- 3) Die Beispiele von Sun-Hi und Diane sind dem Sammelband »The Revolution Starts at Home: Confronting Intimate Partner Violence within Activist Communities« entnommen.
- 4) 2011 veröffentlichten sie hierzu eine Broschüre (»unterstützung geben«), zu finden auf lesmigras.de.
- 5) www.creative-interventions.org.
- 6) Das Transformative Justice Kollektiv Berlin hat den Text übersetzt; er ist bald auf der Website zu finden: transformativejustice.eu.
- 7) Chicanx ist eine Selbstbezeichnung mexikanischstämmiger US-Amerikaner*innen mit Verweis auf ihre indigenen Wurzeln.

Ein kurzer Sommer polizeifreier Autonomie

Die Besetzung einiger Straßenzüge in Seattle war ein großartiger Versuch der Selbstermächtigung – obwohl er scheiterte

Von Stephan Kimmerle

Auf dem Höhepunkt des Black-Lives-Matter-Aufstandes in den USA gelang es im Juni Demonstrant*innen in Seattle, dem Tränengas und den Prügelattacken der staatlichen Ordnungshüter so lange Stand zu halten, bis der Druck der öffentlichen Meinung auf Seattles Bürgermeisterin so groß geworden war, dass diese in einem Versuch, die Lage zu beruhigen, die vorübergehende Räumung einer Polizeistation im Zentrum der Proteste anordnen musste. Die anschließende Besetzung einer Reihe von Straßen rund um das Polizeirevier und im Cal Anderson Park in Seattles Stadtteil Capitol Hill erfuhr weit über die Stadt hinaus mediales Interesse und war Gegenstand einer USA-weiten Diskussion.

Die Besetzung, zunächst unter dem Namen Capitol Hill Autonomous Zone (CHAZ), später Capitol Hill Organized Protest (CHOP), schuf ein lebhaftes Zentrum des Widerstands. Täglich kamen Tausende, um über Politik zu diskutieren, Reden zu hören, gemeinsam Aktivitäten zu planen und eine Gemein-

schaft mit Gartenarbeit, Zelten, kostenlosem Essen und kostenloser medizinischer Versorgung aufzubauen.

Doch rund drei Wochen später war CHOP zu einer politischen Hypothek für die Bewegung geworden, die drohte, die Sympathie in der Öffentlichkeit zu untergraben. Eine Reihe von Schießereien, bei denen drei Menschen ums Leben kamen und rechte Angriffe führten zu einer angespannten Situation und letztlich einem Niedergang von CHOP, noch bevor die Polizei das Gebiet räumte und ihre Polizeiwache wieder in Besitz nahm.

Was als »autonome polizeifreie Zone« begonnen hatte, war schnell mit einer Zunahme der verschiedenen Spielarten polizeilichen oder para-polizeilichen Handelns konfrontiert. Als Reaktion auf die Drohungen und Angriffe extrem rechter Gruppen und Konflikten innerhalb von CHOP, erklärten sich Aktivist*innen, teils bewaffnet, selbst zu Ordnungshütern innerhalb von CHOP und begannen ihre Patrouillen. Dies geschah jedoch ohne demokratische Zustimmung oder Rechenschaftspflicht gegenüber der CHOP-Gemeinschaft. Zu-

gleich heuerten in dem Gebiet kleine und große Unternehmen verstärkt private Sicherheitskräfte an, die gegenüber der Öffentlichkeit noch weniger rechenschaftspflichtig waren als die von der BLM-Bewegung zu Recht scharf kritisierte Polizei.

Das Problem bestand nicht, wie später von Medien und Politiker*innen behauptet, darin, dass die Polizei rausgeschmissen worden war, sondern dass sie nicht durch eine von der Bewegung legitimierte Kraft ersetzt wurde, die Selbstschutz hätte leisten und die unter den Bedingungen der gegebenen rassistischen, sexistischen, entfremdeten und zutiefst ungleichen Klassengesellschaft, in der wir leben, Prinzipien der Solidarität, des Antirassismus und des Antisexismus innerhalb des CHOP hätte durchsetzen können.

Der Beginn der Zone

Als die Polizei die Straße verbarrikierte und am 1. Juni eine Demonstration nach dem Mord an George Floyd durch den Stadtteil Capitol Hill blockierte, leitete sie damit eine einwöchige Pattsituation mit den Demonstrant*innen ein. Trotz Trä-

nengaseinsätzen, Gummigeschossen und Blendgranaten der Polizei blieben die Demonstrant*innen Nacht für Nacht auf der Straße – selbst als die Polizei Scharfschützen auf den Dächern postierte.

Die Polizei und das politische Establishment (in Seattle sind dies durchweg Politiker*innen der Demokratischen Partei) führten in den Medien einen erbitterten Krieg, um die Demonstrant*innen zu delegitimieren. Dennoch nahm die Unterstützung für die Proteste weiter zu.

Angeichts der weit verbreiteten öffentlichen Opposition forderte die Bürgermeisterin Jenny Durkan schließlich die Polizei auf, sich zurückzuziehen und die Polizeistation im Zentrum der Proteste vorübergehend aufzugeben. Die Polizei, verärgert über den Rückzug, verbreitete in den Medien Gerüchte, dass die Demonstrant*innen die verlassene Polizeistation niederbrennen würden. Tatsächlich aber verwandelten die Aktivist*innen den Block in einen lebendigen Tummelplatz der antirassistischen Organisation und Debatte.

Die sehr heterogene Gruppe von Menschen, die dort zusammenkam, tat ihr Bestes, um all den Komplikationen zu begegnen, die eine »polizeifreie Zone« mit sich bringt, wenn sie inmitten einer der ungleichsten Städte der Welt nur von Freiwilligen betrieben wird.

Die Drohungen gegen CHOP

Die Demonstrant*innen waren auch in der polizeifreien Zone ständig von Gewalt durch Seattles Polizei und andere Sicherheitskräfte des Staates bedroht. Um erneute Einsätze zu legitimieren, behauptete die von der Bürgermeisterin eingesetzte Polizeichefin kurz nach Beginn von CHOP, dass Demonstrant*innen Straßensperren mit Ausweiskontrollen eingerichtet hätten und lokale Kleinunternehmen erpressen würden. Diese erfundenen Behauptungen wurden von den nationalen Medienkonzernen über ihre Kanäle weit verbreitet.

Immer wieder signalisierten Bürgermeisterin und Polizei, ihre Polizeiwache wieder in Betrieb neh-



CHOP zeigte, dass es unmöglich ist, eine Insel des Friedens zu schaffen, die vom Ozean eines gewalttätigen und unmenschlichen Systems umgeben ist.

men zu wollen. Angesichts der öffentlichen Stimmung traute sich Durkan allerdings erst am 1. Juli um zwei Uhr morgens, den offiziellen Befehl zu unterzeichnen, den gesamten Bereich zu räumen und die Polizeistation wieder in Beschlag zu nehmen.

Parallel zu den Drohungen der Polizei sah sich die besetzte Zone mehrfach Angriffen von extrem rechten Gruppen ausgesetzt. Nachdem ein Schild am Beginn der autonomen Zone, auf dem stand »You are leaving the United States«, über rechte Medien national Aufmerksamkeit erhalten hatte, tauchten Gruppen auf, um das Gebiet nach eigenen Angaben »zurückzuerobern«.

Echte und vermeintliche Drohungen von Nazis führten zu Verteidigungsvorbereitungen innerhalb von CHOP. Dies wiederum wurde in Medien aufgegriffen, um CHOP als militarisiert und gewalttätig darzustellen.

Die Gewalt

Am Wochenende des 20. bis 21. Juni wurden drei Menschen auf oder in der Nähe von CHOP erschossen, unter anderem ein 19-jähriger Schwarzer kam ums Leben. Bis heute ist unklar, was geschah und wer dafür verantwortlich ist. Die Polizeichefin Carmen Best aber behauptete, die Demonstrant*innen hätten die Polizei daran gehindert, zu einem der Opfer zu gelangen. Dies war ein wirksames Mittel, um die öffentliche Meinung gegen CHOP zu wenden, obwohl Videos später klar zeigten, dass diese Behauptung eine Lüge war.

Der Capitol Hill Blog berichtete über weitere Schusswaffengewalt am 23. Juni, bei dem ein Teenager getötet und von einem weiteren Vorfall am 28. Juni, bei dem ein 14-Jähriger verwundet wurde. Es

wurde berichtet, dass einer der Gewaltausbrüche mit häuslicher Gewalt in Verbindung stand und es wurden darüber hinaus eine Reihe von Anschuldigungen wegen sexueller Übergriffe erhoben.

Es lagen und liegen bis heute keine vollständigen Informationen zu diesen Vorfällen vor, und Bürgermeisterin und Polizei verbreiteten systematisch Fehlinformationen, die von den landesweiten Medien aufgegriffen wurden. Nach diesen Vorfällen änderte sich die Atmosphäre innerhalb von CHOP jedoch völlig.

Die Fähigkeit der Bewegung, auf diese Herausforderungen und Bedrohungen organisiert zu reagieren, war begrenzt. Da es in CHOP keine regelmäßigen allgemeinen Versammlungen mit demokratischen Entscheidungsfindungen gab, auf denen über einen Weg nach vorn diskutiert werden konnte, und da es keine gewählten Sprecher*innen oder Organisator*innen der Bewegung gab, war dies sehr schwer möglich.

Die selbsterklärte polizeifreie, autonome Zone zerbrach also nicht erst, als sie von der Polizei schließlich aufgelöst und geräumt wurde. Sie war da bereits implodiert. Die Medien griffen dies nur zu gerne auf. CNN behauptete am 5. Juli, die »menschliche Natur« mache es schwierig, eine Welt ohne Polizei zu schaffen. Doch statt den Beweis für irgendein unveränderliches Merkmal der »menschlichen Natur« geliefert zu haben, zeigte CHOP vielmehr, dass es unmöglich ist, eine nachhaltige Insel des Friedens zu schaffen, die vom Ozean eines gewalttätigen und unmenschlichen Systems umgeben ist. Viele CHOP-Organisator*innen und -Teilnehmer*innen spürten von Anfang an die sehr realen Grenzen dessen, was in CHOP aufgebaut werden konnte.

Alle Merkmale dieser Gesellschaft – Armut, Rassismus, sexuelle Übergriffe, Homofeindlichkeit – sind Themen, mit denen sich soziale Bewegungen und linke Organisationen in ihren eigenen Reihen ständig auseinandersetzen müssen. In CHOP stiegen die Unstimmigkeiten zwischen Aktivist*innen darü-

ber, wie der entstandene gemeinsame Raum aussehen und wie mit den wachsenden Schwierigkeiten umgegangen werden sollte.

Orte der Solidarität und ihre Verteidigung

Die Polizei wird von der herrschenden Klasse benutzt, um mit aller Gewalt den Deckel auf dem Topf brodelnder Konflikte zu halten, die sich durch diese Gesellschaft ziehen. Unsere kollektive Befreiung wird es erfordern, diesen Deckel zu beseitigen, aber die Bewegung muss sich auch der Aufgabe stellen, mit den brodelnden Konflikten selbst fertig zu werden, indem sie sich mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auseinandersetzt, die systematisch Spannungen, Konflikte, antisoziales Verhalten und Gewalt erzeugen.

CHOP entstand aus dem Black-Lives-Matter-Aufstand und war ein wunderschöner Versuch, die Bewegung aufzubauen. Für zukünftige Bewegungen, die auf den Erfahrungen von CHOP aufbauen werden, bleiben zwei Hauptfragen:

Erstens: Kann es eine demokratisch gewählte und rechenschaftspflichtige Leitung und einen solchen Selbstschutz geben? In Seattle gibt es Anführer*innen der BLM-Bewegung, die große Autorität genießen. Doch CHOP blieb weitgehend selbst gewählt »ohne Anführer*innen«. Eine gewählte Leitung von CHOP, die sich zum Beispiel auf tägliche Vollversammlungen gestützt und jederzeit hätte abberufen werden können, hätte der Bewegung die Chance geben können, handlungsfähiger zu werden.

Dies wäre auch eine Basis gewesen, einen eigenen Ordnerdienst aufzubauen, um sich gegen gewalttätige Angriffe von rechts und von der Polizei zu verteidigen und um unsoziales Verhalten, das die Sicherheit der Teilnehmer*innen gefährdete, nicht zuzulassen. Die Erfahrung von CHOP zeigt, dass es nicht ausreicht, die bestehende Polizei rauszuschmeißen oder abzuschaffen. Die Aufgabe, die sich der Bewegung stellte, war es, sich zu organisieren und stark genug zu werden, um die Solidaritätsprinzipien vor Ort zu verteidigen.

Zweitens: Was heißt das alles für die nun in den USA breit diskutierte Frage einer De-Finanzierung oder einer Abschaffung der Polizei, für »defunding« und »abolishing«? Eine weit verbreitete Erkenntnis innerhalb des anhaltenden Black-Lives-Matter-Aufstandes in den USA ist, dass die Polizei nicht reformierbar ist. Zu viele Versprechen, zu viele Reformversuche über Jahrzehnte hinterließen kaum Spuren in den Polizeibehörden.

Unter dem Druck der Bewegung versprach daher eine Mehrheit des Stadtrates in Minneapolis, der Stadt in der George Floyd ermordet wurde, die Polizei abzuschaffen – und sucht seither nach Alternativen. Das könnte dann auf den Versuch hinauslaufen, die Polizei mit neuem Logo und neuem Namen neu aufzubauen. Angesichts von Rassismus und Korruption kann dies kurzfristig sogar helfen. Grundsätzlich ändert sich aber auch damit noch nicht viel.

In Seattle beteuerten wiederum sieben der neun Stadträt*innen, das Polizeibudget halbieren zu wollen und die jährlich dort eingesparten 200 Million Dollar zugunsten von Schwarzen und People of Color sowie sozialer Leistungen zu reinvestieren. Die Erfahrung von CHOP zeigt allerdings, dass die sozialen Ursachen in der extrem polarisierten US-Gesellschaft aufgegriffen werden müssen, um grundsätzlich etwas zu verändern – und da ist dieser Betrag marginal. Das verweist dann eher auf die alte marxistische Weisheit, dass eine Klassengesellschaft mit ihrem Elend eine Polizei auf dem Boden ihrer Klassenverhältnisse reproduziert – so oder so. Das heißt nicht, dass demokratische Reformen sinnlos sind. Es bestätigt allerdings, dass letztlich Kapitalismus und ein gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung feindlicher Polizeiapparat nur gemeinsam abgeschafft werden können. ●

Stephan Kimmerle ist Aktivist der *Democratic Socialists of America (DSA)* in Seattle und Mitglied des *Reform & Revolution-Caucus* in der DSA.

Zuerst erschienen in ak 662/
18.8.2020

»Aktivist*innen haben sich eine Sprechposition zum Thema Polizeigewalt erkämpft«

Die Kulturwissenschaftlerin Julika Mücke über die Rolle von Diskursen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen über Polizeigewalt und Rassismus

Interview: Lene Kempe

Polizeigewalt hat es immer gegeben. Besonders betroffen sind auch hierzulande Menschen mit sichtbarer Migrationsgeschichte, aber auch Bewohner*innen bestimmter Stadtteile oder linke Aktivist*innen machen mehr oder weniger regelmäßig Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen polizeilicher Willkür und Repression. Geschichtlich betrachtet gab es dabei immer wieder Ereignisse, die das Thema in Deutschland zum Gegenstand breiterer öffentlicher Debatten gemacht haben: Der brutale Polizeieinsatz bei der Demonstration gegen den Staatsbesuch von Schah Mohammad Reza Pahlavi 1967 in Berlin, 1986 der »Hamburger Kessel« oder der Tod von Oury Jalloh in einer Gewahrsamszelle in Dessau im Januar 2005 – die Liste ist lang. In Folge des rassistischen Mordes an dem Schwarzen US-Amerikaner George Floyd im Mai 2020 durch einen Polizisten in Minneapolis/USA, entwickelte das Thema ungeahnte Sprengkraft. Das zeigte sich auch an den diskursiven Geschützen, die danach aufgeföhren wurden

Das Thema Polizeigewalt spielt nach dem Tod von George Floyd eine wichtige Rolle im gesellschaft-

lichen Diskurs. Aber wovon genau sprechen wir eigentlich, wenn von »Diskursen« die Rede ist?

Julika Mücke: Grundsätzlich muss zwischen dem Begriff Diskurs in der Alltagssprache, der so viel bedeutet wie eine öffentliche Diskussion oder Argumentation zu einem bestimmten Thema, und dem wissenschaftlichen Diskursbegriff unterschieden werden, von dem hier die Rede ist. Und da wird es jetzt ein bisschen theoretisch: In Anschluss an den Philosophen Michel Foucault können Diskurse als eine gesellschaftliche Praxis verstanden werden, über die sich das Wissen einer bestimmten Epoche formiert. Sie sind also der Ort, an dem eine Gesellschaft gültiges Wissen über die Welt und die uns umgebenden Dinge und Ereignisse produziert. Diskurse spiegeln diese Wirklichkeit aber nicht einfach wider, sondern greifen sozusagen ordnend in sie ein. Weil sie unser Wissen über die Realität nicht nur produzieren, sondern auch strukturieren und die uns umgebene Welt so in einer ganz bestimmten Weise sinnhaft zugänglich machen. In diesen eben angesprochenen Strukturierungsprozessen ordnen Diskurse das gesellschaftliche Wissen nicht zufällig, sondern nach Regeln. Hierbei wird auch diskursiv verhandelt, welches Wissen als rational, wahr, als Expertenwissen, als wissen-

schaftlich relevant usw. anerkannt wird. Diskurse üben also auch Macht aus, indem sie bestimmtes Wissen als richtiges verbreiten und anderes als falsch oder unwichtig verdrängen oder gar nicht erst sichtbar machen. Damit erhalten sie auch eine wichtige Funktion als Legitimierungsressourcen oder auch als Delegitimierungsinstrument.

Wenn man den Begriff »Polizeigewalt« bei Google eingibt, bekommt man derzeit mehr als 2,4 Millionen Ergebnisse. Laut Google-Suchstatistik erlebte der Begriff diesen Juni einen sprunghaften Anstieg. Wie lässt sich das diskursiv-theoretisch einordnen?

Es gibt sogenannte diskursive Ereignisse, die für spezifische Themen, wie auch rassistische Polizeigewalt, einflussreich sind. Sie öffnen dann ein Aufmerksamkeitsfenster, in dem gesellschaftlich um die Deutungshoheit der Ereignisse gerungen wird. Der Tod von George Floyd Ende Mai 2020 hat ein solches Aufmerksamkeitsfenster für rassistische Polizeigewalt geöffnet. Plötzlich wurde weltweit gegen Rassismus, für den Wert schwarzen Lebens (Black Lives Matter) und gegen Polizeigewalt demonstriert und darüber berichtet. Natürlich kommt das nicht aus dem Nichts: Die Black-Lives-Matter-Bewegung hat sich spätestens seit dem Tod

des Schwarzen Jugendlichen Michael Brown durch einen weißen Polizisten in Ferguson 2014 in den USA, aber auch global, etabliert und zum Thema institutioneller Rassismus, Polizeigewalt und White Supremacy gearbeitet. Sicherlich hat auch die Präsidentschaft von Trump und die Corona-Krise den Diskursverlauf über Polizeigewalt beeinflusst.

Kannst du das anhand des Beispiels rassistischer Polizeigewalt konkreter machen?

Bei rassistischer Polizeigewalt gibt es häufig eine diskursive Täter-Opfer-Umkehr, die Polizist*innen als die Leittragenden einer Situation konstruiert, während die eigentlich von der rassistischen Polizeigewalt betroffenen Menschen in Anlehnung an rassistische Stereotype als gefährlich, bedrohlich oder kriminell konstruiert werden. Dieses innerdiskursive Machtverhältnis kann sich aber auch umdrehen, wenn es gelingt, anderes Wissen und andere Deutungen im Diskurs zu setzen. Hier zeigt sich, dass Deutungen im Diskurs stets umkämpft sind.

Ob etwas zum diskursiven Ereignis wird, hängt also von vielen, auch »außerdiskursiven« Faktoren ab?

Ja genau. Um mal ein Gegenbeispiel zu bringen: Bei den Protesten und Riots in England 2011, nach dem Tod von Mark Duggan in Tottenham durch die lokale Polizei, war es in der öffentlichen Debatte kaum sagbar, dass die Ereignisse sehr wohl etwas mit Rassismus zu tun haben. Im Diskurs waren Sprechpositionen hegemonial, die eine Law-and-Order-Politik gegen die kriminellen Rioter mit hartem polizeilichem Durchgreifen und schnellen hohen Strafen vorangetrieben haben. Das ist natürlich von Diskurs zu Diskurs, dem jeweiligen Ereignis und der jeweiligen Öffentlichkeit ganz unterschiedlich, ob etwas zum diskursiven Ereignis wird und ob es gelingt, hegemoniales Wissen und Wahrheiten diskursiv herauszufordern.

Wer ringt da jetzt in der aktuellen Debatte mit wem? Welche Diskurspositionen lassen sich grob nachzeichnen?



Bei den Riots in England 2011 war es in der öffentlichen Debatte kaum sagbar, dass die Ereignisse etwas mit Rassismus zu tun haben.

Grundsätzlich kann im Fall von Polizeigewalt sicherlich zwischen Sprechpositionen von Menschen, die Erfahrung mit Polizeigewalt gemacht haben oder mit denen solidarisch sind, und solchen, die staatliche Institutionen verteidigen wollen bzw. spezifische rassistische Argumentationen unterstützen, unterschieden werden. Aber oft sind diskursive Aushandlungsprozesse auch ambivalent, und es muss genau geschaut werden, worum es eigentlich gerade geht und wer dazu im Diskurs sichtbar wird.

Es geht also nicht nur um Polizeigewalt im engeren Sinne?

Bei diskursiven Aushandlungsprozessen werden fast immer gesellschaftliche Wertebezüge mit verhandelt. Wenn es um rassistische Polizeigewalt geht, spielen einerseits Fragen nach gesellschaftlicher Teilhabe, unterschiedlichen Lebensrealitäten und gesellschaftlichen Machtverhältnissen wie Rassismus eine Rolle. Andererseits wird, wie angedeutet, die Wichtigkeit öffentlicher Sicherheit, von Recht und Ordnung oder der Polizei als zu wenig gewertschätzte gesellschaftliche Institution diskursiv hervorgehoben. Hierbei ist einerseits spannend, darauf zu schauen, wer macht im Diskurs gerade was zum Problem und welche »Lösungen« werden gefordert – oder andererseits: Was wird als gesellschaftlicher Konflikt überhaupt sichtbar oder was gerade eben nicht.

Warum war es für Betroffene von Polizeigewalt lange Jahre überhaupt so schwer, diesen Unrechtserfahrungen im öffentlichen Diskurs Geltung zu verschaffen? Selbst gut dokumentierte Fälle von brutaler Polizeigewalt erhielten häufig kaum Aufmerksamkeit.

Es ist kein Zufall, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen oft kein Gehör finden und gar nicht die Möglichkeiten wie beispielsweise

die meist weißen Politiker*innen haben, Zugang zu hegemonialen Medien zu bekommen. Diskurse formieren sich nach spezifischen Regeln einer Gesellschaft. White Supremacy, also weiße Vorherrschaft im Sinne gesellschaftlicher Privilegien, spielt auch im Kontext der öffentlichen Debatte eine große Rolle. Hierbei geht es nicht nur darum, wer sprechen kann bzw. spricht, sondern, wie es die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak formuliert, wer zuhört, also inwiefern das Gesagte Gehör und Anerkennung findet.

Aus dieser Perspektive betrachtet: Was erleben wir gerade in der Debatte um Polizeigewalt? Warum ist es diesmal anders als 2011 nach dem Tod von Mark Duggan?

Was sicherlich ein großer Faktor in der derzeitigen Debatte ist, ist die globale Vernetzung und größere Sichtbarkeit der Black-Lives-Matter-Bewegungen. Aktivist*innen haben sich in den vergangenen Jahren eine Sprechposition zum Thema Polizeigewalt und Rassismus erkämpft. Das äußert sich darin, dass die öffentliche Aufmerksamkeit, auch die von Massenmedien, für Themen wie rassistische Polizeigewalt oder auch die Forderungen nach Umbenennungen kolonialer Straßennamen heute viel stärker ist. In den USA gibt es noch weitere Faktoren, die als Katalysator für die Bewegung, aber auch für die öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt haben: die Präsidentschaft und die rassistische Politik von Donald Trump, aber auch die gesellschaftliche Situation seit der Corona-Pandemie. Ein anderer Faktor ist sicherlich auch die millionenfache Verbreitung von Videos, die tödliche Polizeigewalt dokumentieren, die also etwas vormals kaum Sagbares jetzt zu gesellschaftlich gültigem Wissen machen. Also, dass polizeiliche Gewalt keineswegs immer legitime Gewalt ist, dass Polizist*innen ihre Macht aufs Brutalste missbrauchen können und dies auch tun, dass gerade nicht-weiße Menschen selten von der Polizei geschützt werden und im Gegenteil häufig vor ihr beschützt werden müssten. Für viele Menschen gehörte das schon lange zu

ihrer Wahrheit über die Polizei dazu, aber der gesellschaftliche Diskurs hat keinen Sagbarkeitsraum dafür geöffnet bzw. im Gegenteil solches Wissen recht effektiv aus dem Diskurs herausgedrängt und sozusagen mit den positiven Bildern von Polizist*innen als freundlichen, helfenden, rechtschaffenen Ordnungshüter*innen überschrieben.

Was sind die zentralen Strategien, wenn es um die Delegitimierung bzw. Legitimierung von Polizeigewalt geht?

Das ist so allgemein schwer zu sagen: Die Legitimation von Polizeigewalt beim G20-Gipfel in Hamburg ist ja in andere Diskurse eingebunden als beispielsweise die Polizeigewalt, die sich durch die Tötung von George Floyd ausdrückt. Gewalt ist dabei ein entscheidender Begriff in der Debatte, gerade weil sich vieles damit in einen Topf werfen lässt. Das lässt den beteiligten Akteuren viel Spielraum: Der Gewaltbegriff ist zunächst ein Sammelbecken für alles Mögliche, von der Zerstörung von Gegenständen, Beleidigungen, physischen Verletzungen bis hin zur Tötung. Im Diskurs hat Gewalt meist die Funktion, etwas zu skandalisieren oder zu moralisieren. Das funktioniert einerseits beim rassistischen Verhalten der Polizei, andererseits aber auch für beispielsweise das Warnen vor »gewaltbereiten« Demonstrant*innen.

Das klingt nach einem guten Ablenkungsmanöver ...

Ja. Denn die Verwendung des Gewaltbegriffs kann in Diskursen auch dazu führen, dass der eigentliche gesellschaftliche Konflikt verdeckt wird. Beispielsweise ist eine gängige Diskursstrategie im Kontext von Protesten gegen Rassismus, insbesondere wenn sich Formen des Riotings ereignen, den Diskurs weg von den Inhalten der Proteste wie institutionellem Rassismus oder rassistischer Polizeigewalt zu lenken. Statt über das inhaltliche Anliegen wird dann nur noch über die Form der Proteste geredet, die häufig ausschließlich als gewalttätig benannt und so meist delegitimiert werden.

Das Wissen um den Auslöser der Proteste und damit verknüpfte Erfahrungen mit rassistischer Polizeigewalt wird also aus dem Diskurs gedrängt und stattdessen eine Law-and-Order-Politik als rationale Lösungsstrategie für die scheinbar anlasslose und inhaltsleere Zerstörungswut der Protestierenden angeboten. Es geht dann nur noch um die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Dieses Phänomen lässt sich häufig beobachten. In der aktuellen Debatte hingegen sind Deutungen im Zusammenhang mit Ereignissen um Polizeigewalt präsent, die den institutionellen Rassismus als zentrales Problem setzen. Dann geht es auch oder mehr um Inhalte von Protest und nicht lediglich um die Form, die im Diskurs von den Inhalten entkoppelt wird.

Trotzdem entsteht der Eindruck, dass die Frage nach dem legitimen oder eben nicht-legitimen Charakter der Proteste in der öffentlichen Debatte noch nicht entschieden ist.

Nein, sicher nicht. Die Relativierung von Rassismus wird im Diskurs ja auch über andere Strategien erzeugt. Häufig über die erwähnte Täter-Opfer-Umkehr: Die Menschen, die Opfer rassistischer Polizeigewalt waren, werden diskursiv zu den Täter*innen, gefährlich, kriminell, bedrohlich, und die Polizist*innen zu den Opfern und Leittragenden, die einfach ihren Job machen. In den USA wird eine solche Legitimierung rassistischer Polizeigewalt häufig auch durch stereotypisierende Bilder unterstützt. Der »Schwarze Gangster mit Hoodie« zum Beispiel, während beschuldigte Polizist*innen häufig als zuvorkommende und bedachte Beamte dargestellt werden. Im Diskurs um Polizeigewalt in

Deutschland in den letzten Wochen ist diese Deutung der Polizei als Leittragende auch zu finden: Hier ist es mangelnde Wertschätzung und Respekt gegenüber dem Beruf der Polizist*in, die diskursiv beklagt wird und als zentrales Problem konstruiert wird. Das geht dann häufig einher mit Schuldzuweisungen an gleichermaßen linke und rechte »Gewalttäter*innen«. Fälle wie im August 2020 in Frankfurt, in denen das Verhalten von prügelnden Polizisten im öffentlichen Diskurs kaum entschuldigt werden kann, werden dann als Einzelfall konstruiert. Hierbei werden die systematischen und institutionellen Ebenen des Problems ausgeblendet.

Sollten sich also auch linke Akteure stärker auf diese Diskursebene konzentrieren?

Grundsätzlich steht die Ebene des Diskurses mit der sozialen Realität in einem ständigen Wechselverhältnis. Bestimmte diskursive Konstruktionen wie zum Beispiel rassistisches »Wissen« offenzulegen, kann dann durchaus ein Fenster öffnen, um Gegendeutungen im Diskurs stark zu machen. Und damit auch neue Handlungsperspektiven eröffnen. Also zum Beispiel: Erst wenn sagbar wird, dass die Polizei rassistisch agiert, gibt es gute Chancen, dass Forderungen nach einer strukturellen Reform oder gar nach der Abschaffung der Polizei überhaupt gehört werden. Eine legitime Forderung allein im Diskurs zu verankern, reicht aber nicht, um gesellschaftliche Veränderungsprozesse aktiv umzusetzen. Auch die materiellen Kräfteverhältnisse müssen sich dafür ändern. Wie man als linke Akteurin auf welcher Ebene ansetzt, hängt ja von verschiedenen Faktoren ab. Ein Richtig oder Falsch kann es da gar nicht geben. Aktuell zeigt sich aber sehr eindrücklich, dass gesellschaftliche Machtverhältnisse auch auf der Ebene von Diskursen verhandelt und tatsächlich auch mitentschieden werden. Es ist wichtig, dass linke Deutungen hier an Einfluss gewinnen. ●

Zuerst erschienen in ak 663/15.9.2020

Julika Mücke

promoviert zu diskursiven Aushandlungsprozessen über die (De-)Legitimation von Rioting als Protest gegen Rassismus am Beispiel des Todes von Michael Brown 2014 in Ferguson/USA. Sie lebt in Hamburg und ist derzeit politisch vor allem in queerfeministischen Kontexten aktiv.

OBLEM PO
LEM POLIZ
M POLIZER
POLIZERPR